

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 34

Duisburg, den 20. August 1927

28. Jahrgang

Unproduktive Arbeit, Bürokratismus und Arbeitslohn

Die Zusammenballung von Kapitalmassen zu Riesenkonzernen, Trusts, die Verbindung zu Syndikaten und Kartellen oder auch die sog. Rationalisierung besagt an sich noch gar nichts zugunsten einer vernünftig geleiteten Gesamtwirtschaft. Dieser ganze Apparat kann so schwerfällig, so unproduktiv sein, daß man kaum mit Mühe eine angemessene Verzinsung des in die Unternehmen hineingesteckten Kapitals erreichen kann. Um aber das letztere doch möglich zu machen, wird dann eben die Arbeitskraft unter ungeheurem Druck gehalten, so daß man weder von einem genügenden Lohn noch von einer genügenden Verzinsung des Produktionsfaktors Arbeit sprechen kann. Nach der Seite des Absatzmarktes machen sich durch eine Preiswillkür der Produzenten starke konsumtive Hemmungen bemerkbar.

Ohne Zweifel tragen die Reparationslasten bedeutende wirtschaftliche Störungsmomente in sich. Unternehmervertreter machen sich aber dann die Sache sehr einfach und sagen: Reparationslasten + Soziallasten + Tarifvertrag + Achtstundentag sind die Steine auf dem Wege zum Wirtschaftsaufbau. In jahrelangen und spaltenlangen Abhandlungen wird das immer wieder der deutschen Öffentlichkeit serviert, bald als Vorspeise, bald als Hauptgericht, bald als Nachschüsschen, wie es gerade angebracht erscheint und wie man am besten dem Geschmack des p. t. Publikums Rechnung tragen kann.

Aber darüber vergißt man ganz geflissentlich, wie starke Hemmungen in der Wirtschaft und im Betriebe selbst liegen, durch Aufziehen eines Wirtschaftsbürokratismus, der dem viel verspotteten Beamtenbürokratismus nichts nachgibt, aber in seinen Auswirkungen gefährlicher ist. Wir erleben auch heute noch eine übermäßige Anhäufung reiner Handels- und Verkehrsbetriebe in einem die Gesamtwirtschaft stark belastenden Maße.

Dazu kommt eine, wirtschaftlich gesehen, sehr bedenkliche Uebereinanderschichtung von Organisationen aller Art. Selbst die Rheinisch-Westfälische Ztg., Nr. 450, ein Blatt, das der Industrie sehr nahe steht, weist in einem längeren Artikel auf diese Zustände hin und schreibt:

Wir befinden uns auf dem besten Wege dahin, daß die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung der Ueberorganisation die kleineren und mittleren Betriebe aufzehren, jedenfalls aber der Effekt der Gesamtwirtschaft auf diese Weise außerordentlich geschmälert wird. Man soll keine Uebertreibung darin erblicken, wenn hier gesagt wird, daß ein verhältnismäßig bescheidenes Unternehmen, das wir als Grundlage zu unserer Untersuchung nach dieser Richtung heranzogen, in nicht weniger als 18 Fällen Verbandsbeiträge an wirtschaftliche Organisationen entrichtet und daß die Summe der Jahresbeiträge hinreicht, eine mehr als angemessene Verzinsung des Kapitals zu gewährleisten. So ist es kein Wunder, daß dieselbe Arbeit für ein und dasselbe Unternehmen von mehreren Verbänden zugleich geleistet wird und daß in den übrigen Fällen noch mehrfache Ueberschneidungen an der Tagesordnung sind. Das wird, wenn man sich über diese Dinge unterhält, ohne weiteres anerkannt. Auf die Frage, warum man dann dem Unfug oder doch den Auswüchsen nicht steuert, begegnet man nur alleinigem Kopfschütteln.

Das sind sehr starke Worte der Kritik eines Industrieblattes an den gegenwärtigen Zuständen der Ueberorganisation in der Wirtschaft. Damit soll nicht gesagt sein, als ob nicht ein nor-

males und erträgliches Maß der industriellen Verbandsorganisation notwendig sei. Eine vollständige Lockerung und Lösung wirtschaftlicher Verbandsbildungen würde sich für die Arbeiterschaft auch unheilvoll gestalten; denn dann setzt der Kampf aller gegen alle ein, der, das hat die Wirtschaftsgeschichte immer gezeigt, auf dem Konsummarkt kaum wesentlich verbilligte Produkte, aber dem Arbeiter einen äußerst starken Druck auf seine Arbeitsverhältnisse bringt. Die Zeiten vor Gründung des Kohlsyndikates sagen genug. Gegen eine normale Organisation der Industrie kann auch die Arbeiterschaft nichts einwenden. Aber jedes Uebermaß rächt sich am Ende am Unternehmen selbst und darüber hinaus an der Gesamtwirtschaft.

Ganz besonders gilt das von den Verkaufsverbänden, deren Stärke vorwiegend im geschlossenen Auftreten der Industrie nach außen liegt. Aber auch darüber klagt in dem eben angezogenen Artikel die Rhein.-Westf. Ztg., wenn sie ausführt:

Aber auch sie (die Verkaufsverbände, Die Red.), unterliegen der Gefahr der Verkalkung, die ja das Wesen des Bürokratismus ausmacht. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an das Ringen um die Organisationsform bei der jeweiligen Erneuerung des Kohlsyndikates und an die auch heute fortdauernden Klagen über geringe Beweglichkeit desselben erinnert zu werden. Seine Aufgabe ist die Sicherung des Absatzes, der Verkauf. Wenn man bei diesem verhältnismäßig einfachen und in seiner Wirkung doch so großen Ziel auch einräumt, daß sich die Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit schwieriger gestaltet haben, so weiß man doch und hört es immer wieder, daß der Ballast von Arbeiten, die an sich mit diesem Ziel in keinem oder doch nur losem Zusammenhang stehen, zumindest starke Ablenkung bedeutet und mit Produktivität als Voraussetzung allen Schaffens nichts mehr zu tun hat.

So muß man denn die Erfahrung machen, daß aus der Uebersteigerung des Willens zur Organisation letztlich gar keine wirtschaftsfördernden, sondern wirtschaftshemmende Momente erwachsen.

Was unsere heutige Wirtschaft und besonders den Binnenmarkt stark belastet, ist die Preiswillkür der Produzenten in manchen Gewerben. Wir weisen hier auf die Baurohstoffindustrie, die die günstige Konjunktur rücksichtslos zum Schaffen möglichst hoher Unternehmergewinne mißbraucht. Vor allem macht sich diese Tendenz in der Zementindustrie geltend. Mit darauf ist zum größten Teil die Steigerung der Baukosten zurückzuführen. Wenn man als Grundlage die Herstellungskosten für eine Vierzimmerwohnung von 110 Quadratmeter nutzbarer Fläche im oberen Stockwerk eines städtischen bürgerlichen Wohnhauses nimmt, so zeigt sich von 1926 auf Mai 1927 eine Steigerung von 170 auf 175,1.

Genau so liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie. Hier greift, laut Vorwärts, Nr. 370, die Preiswillkür von der Baumwollindustrie auf alle Textilpreise über. So hat erst vor ein paar Tagen der führende Tuchfabrikantenverband seinen Abnehmern in gemeinsamer Aktion eine 10- bis 15prozentige Preiserhöhung mitgeteilt, nachdem er genau vor drei Monaten schon einmal eine Erhöhung von 5 bis 8 Prozent vorgenommen hatte. Bei reinen Wollstoffen schießt die Steigerung ganz offen-

kundig weit über das Ziel hinaus. Die Wollpreise sind nach der Wollindexziffer des englischen Wollzentrums Bradford (die Wolle, Kammzüge und Garne umfaßt), in den letzten zwölf Monaten nur um etwa vier Prozent gestiegen.

Für die Preisstellung der halbwollenen Stoffe und Mischgewebe ist die durchschnittliche Steigerung um 20 Prozent innerhalb der letzten drei Monate genau so wenig berechtigt, da in der Zeit der fallenden Rohmaterialpreise auch keine Preisermäßigung vorgenommen wurde. Zu einem Teil wendet sich die Preiserhöhung gegen die Versuche der Abnehmer, die Kartellwillkür abzuwehren. Die deutsche Tuchkonvention hat nach langen Kämpfen mit den Abnehmerverbänden, die schließlich vor dem Kartellgericht beigelegt wurden, diesen einige geringe Vergünstigungen einräumen müssen. Sie quittieren diese Schlappe mit einer viel ausgiebigeren Preiserhöhung. Vor der diesjährigen Reisezeit lagen so die Preise für konfektionierte Ware nur wenig über denen des Vorjahres. Seitdem sind sie von Woche zu Woche gestiegen und lagen Ende Juli schon mit 10 Prozent, für Berufskleidung sogar mit mehr als 15 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die neuen Preislisten der Fabrikanten müssen noch eine weitere Vertenerung der Bekleidungsartikel nach sich ziehen."

Die Textilarbeiter sind wirklich nicht diejenigen, die bei solchen Preisen das Fett von der Suppe schöpfen. Das tun ganz andere Leute.

In den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie, die für den Inlandsmarkt arbeiten, besonders beim Handwerk, liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Nichtsdestoweniger werden laute Klagen erhoben über Steuern und Löhne, die den Kindern der Handwerksmeister das letzte Stück Brot wegnähmen.

Bei den Privatmonopolen in der Schwerindustrie liegt die Sache ähnlich. Das „Berliner Tageblatt“ vom 3. August führt sehr bemerkenswert aus:

„Seit der deutsche Eisenmarkt monopolähnliche Züge trägt, seit der Absatz vom Werk über Groß- und Kleinhandel ausschließlich genau vorgeschrieben, sozusagen zwangswirtschaftliche Bahnen einschlagen muß, seitdem sind auf diesem ganzen Wege die Lagerkosten alles in allem eher gestiegen.“

Durch alle möglichen Umwege, die bei Erteilung und Weitergabe des Auftrages, wie bei Versand und bei Lieferung für Verbraucher, Klein-, Groß-, Werkshändler, Syndikat und Lieferwerk vorgeschrieben sind, werden die Unkosten erhöht und dadurch die Waren verteuert.

Die Desorganisation auf dem Wirtschaftsmarkt, das geringe Einstellen auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten tragen die Hauptschuld am Versagen der deutschen Wirtschaftsführung. Jedermann fühlt, es stimmt irgendwie etwas nicht und die Wirtschaftsführer suchen nun auf ihre Art, das „Volk“ zu beschwichtigen. So schreibt in der Vossischen Ztg. vom 5. August der Jahaber der großen Exportfirma Hecht in Berlin folgendes über die Gründe der ungünstigen Lage der deutschen Handelsbilanz:

„Wenn der steigende Inlandsumsatz auch mit sich bringen mag, daß in vielen Betrieben die Generalunkosten durch den vergrößerten Umsatz im Inlande sich günstiger stellen und dadurch rechwerisch eine

vorteilhaftere Kalkulation sich ergibt, so kann die Tatsache doch nicht bestritten werden, daß in Tausenden von Betrieben die Wirkung der günstiger sich verteilenden Generalkosten weitaus überholt wird durch die Erhöhung der Arbeitslöhne und der Erhöhung der damit zusammenhängenden anderen Ausgaben.“

Daß dies der Fall, zeigt sich nirgends deutlicher als in den Betrieben, die dem allgemeinen Exporthandel sich widmen und bei denen in geradezu erschreckender Weise die eingehenden Aufträge abgelehnt werden müssen, weil die Industrie höhere Preise als zuvor beansprucht und es abweist, zu den zuvor geltenden Preisen weitere Aufträge anzunehmen.“

Da ist der Sündenbock wieder einmal — zum tausendstenmal — aus „Licht“ gebracht, nämlich der Arbeitslohn, der durch seine Erhöhung die ganze deutsche Wirtschaft ungünstig beeinflusst. Wir wollen nicht an dieser Stelle wiederholen, was wir schon häufig über den Einfluß der Löhne auf die konsumtive Gestaltung der Wirtschaft gesagt haben, sondern möchten hier einige Zahlen angeben aus dem jüngst bei dem bekannten Verlag Fischer (Jena) erschienenen Buche von Dr. Margarete Goelnicke über „Die Reallohne in Thüringen“. Die Verfasserin kommt zu dem Ergebnis, daß der Lebenshaltungsindeks bis zu 52 Prozent über den Vorkriegsstand gestiegen ist, also um mehr als die Hälfte; die Löhne der Arbeiter in Thüringen sind dagegen nur um etwa 15 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Rechnet man die Löhne nach ihrem realen Werte um, so ergibt es sich, daß sie den Vorkriegsdurchschnitt noch nicht erreicht haben.

Die Verhältnisse in anderen deutschen Gebieten werden nicht

wesentlich anders liegen. Wenn wir auch als Lohngrundlage den Lebenshaltungsindeks oder, wie der Engländer sagt, „die Futterbasis“ ablehnen müssen, sondern als Grundlage die Lage der Wirtschaft und des Berufszweiges nehmen, so geben doch diese wissenschaftlich festgestellten Indezzahlen sehr zu denken. Auch ein Aussporn mehr für die Arbeiterschaft, endlich sich darüber klar zu werden, daß man nicht mit allen möglichen Vereinen und Festen seine Lage bessern kann, sondern lediglich durch die gewerkschaftliche Organisation.

Wenn wir diese wirtschaftlichen Verhältnisse betrachten, dann zeigt sich schon, daß zwar auch Reparationslasten drücken, an deren Behebung die Arbeiterschaft mindestens so stark interessiert ist wie das Unternehmertum, daß auch die sozialen Ausgaben bemerkenswert sind, daß aber der gesamte deutsche Markt wesentlich mehr beeinflusst, um nicht zu sagen gehemmt wird durch die Ueberorganisation in der Wirtschaft, durch die Häufung damit verbundener hochbezahlter, im Grunde unproduktiver Kräfte, durch riesige Preiswillkür, durch dadurch bedingte Stöckung auf dem Absatzmarkt. Das sind die Punkte, die für das Wirtschaftsführertum zu befehen sich wirklich verlohnen würde, statt dessen reitet man immer nur den Gaul „Arbeitslohn“. Und doch steht heute der Lohn noch in keinem Verhältnis zu den Lebenskosten. Wir brauchen an dieser Stelle nicht noch einmal zu betonen, daß die Arbeiterschaft ihr Los selbst entscheidet. Es liegt in ihrer Hand, ob sie Wege des Aufstieges oder des Niederganges wählt.

G. W.

Vergißmeinnicht in der Schmiede

Richard Dehmel.

Vergißmeinnicht in einer Schmiede —
Was haben die hier zu tun?
Sollte heimlich der Friede
Hinterm Hause am Bache ruhn?

Dampf fallen die Hämmer am harten Taft:
Angepaßt, angepaßt,
Die Arbeit muß zu Ende!
Und das Eisen glüht und das Wasser zischt
Und wenn der Schwalch die Flamme aufstricht,
Glänzen die schwarzen Hände.

Aber manchmal blickt ein ruffig Gesicht
Still nach dem himmelblau blühenden Strauß;
Dann scheint's, eine Stimme singt hinter dem Haus:
Vergiß mein nicht!

Die öffentliche Wirtschaftshilfe und der „kleine Mann“

Wenn jemand ein Geschäft begründet, einen Laden aufstut oder ein Werk errichtet, oder sich vergrößert oder sonstwie verändert, so fragt er nicht erst lange das Reich, den Staat oder die Kommune, ob er es tun soll, ob etwa ein Bedürfnis des Publikums oder sonst ein öffentliches Interesse sein Vorhaben

leiblich oder doch immerhin als aner kennenswert erscheinen läßt, sondern er tut es ohne Befragung der öffentlichen Stellen, ohne Befragen des Publikums: nur der Polizei kündigt er an, daß er es tun will oder getan hat, und auch dies nur deswegen und insoweit, weil und wie er es nach dem Gesetze muß; dem

Publikum macht er vielleicht Mitteilung in Form einer Einladung, bei ihm Kunde zu werden. (Die paar Fälle, wo man eine Konzession einholen muß, kenne ich, von ihnen sehe ich hier ab.)

Wenn nun der Laden, das Geschäft geht, das Werk blüht, die Vergrößerung oder sonstige Veränderung sich bezahlt macht, so ist alles in Ordnung, das heißt, der Inhaber, der Unternehmer, die Gesellschaft, bleiben mit ihrem Geschäft, ihrem Werk, ihrem Betrieb *privat*, so *privat*, wie sie angefangen haben. Sie würden es gar nicht einmal gern sehen, wenn sich die Obrigkeit, der Staat, die Öffentlichkeit, mit ihnen befassen würden, es sei denn als Kunde. Selbst die allgemeine polizeiliche Schutzaufsicht, die Gewerbeaufsicht, die gesetzlich notwendigen An- und Abmeldungen gewisser Vorgänge sind ihnen im Grunde zuwider.

Ganz anders wird dieses alles, wenn der Laden, das Geschäft, das Werk, der Betrieb nicht geht, wenn sich die Erweiterung oder sonstige Veränderung nicht rentiert. Dann will man auf einmal nicht mehr *privat* sein, dann will man nur etwas ins Leben gerufen haben, das zu schaffen, längst Aufgabe der öffentlichen Macht gewesen wäre, deren Funktionen man nun sozusagen als Geschäftsführer ohne Auftrag übernommen hat, und deren Opfer man nun leider geworden ist. Dabei ist es dann ganz gleich, ob es sich um die Verschrottung von Alt-eisen oder um Wohnungsbau, oder um Autobuslinien oder um ein Singeltangel handelt.

Man will eben durch-ans nicht mehr *privat* sein. Denn man braucht Geld. Geld aber hat das Reich, der Staat, die Gemeinde, und wenn die es auch nicht haben, so können sie es doch beschaffen, oder doch den Zugang zu ihm erleichtern. Vielleicht, in besonderen Fällen, wünscht man auch nur, daß eine Art privater Besteuerung des Publikums von der öffentlichen Gewalt geduldet wird.

Man führt Gründe für die Notwendigkeit der öffentlichen Hilfe im einzelnen an:

Man gehört zu einem blühenden Gewerbebranche am Baume der Volkswirtschaft, an dem auch nicht eine Blüte verkümmern darf, soll nicht die ganze Volkswirtschaft darunter leiden.

Man gibt 5, 10, 100, 1000, 10 000, 100 000 Arbeitern Beschäftigung und damit Brot.

Man bemüht sich, der deutschen Wirtschaft wieder zu Ruhm und Ansehen in der Welt zu verhelfen.

Man stellt ein hochwertiges Produkt her, wie es sobald nicht wieder hergestellt werden kann.

Man hilft Reich, Staat und Gemeinden mit der hohen Steuer aus dem Dalles.

Man stellt Herrn Schacht Devisen zur Verfügung.

Man gibt der heimischen Volkswirtschaft einen unentbehrlichen Artikel.

Man ist die Freude des kleinen Mannes in seinen Mußestunden.

So und noch anders sagt man.

Man sagt nicht, daß man an alles das gar nicht dächte, wenn man kein Geld brauchte, wenn man also nicht festfäße. Man sagt nicht, daß man sich innerlich vorbehält, wieder ganz *privat* zu werden, wenn man aus der Klemme ist. Man droht aber: wenn mir nicht geholfen wird zur Erhaltung meines gemeinnützigen Unternehmens, dann: werden so und so viel Arbeiter arbeitslos, dann können meine Kunden nicht mehr billig bei mir kaufen, meine Lieferanten nicht mehr für mein gutes Geld an mich liefern, dann kann ich meine hochwertigen Kräfte nicht mehr voll bezahlen, der Stadt keinen Strom mehr abnehmen und dem Reiche keine Steuern mehr zahlen.

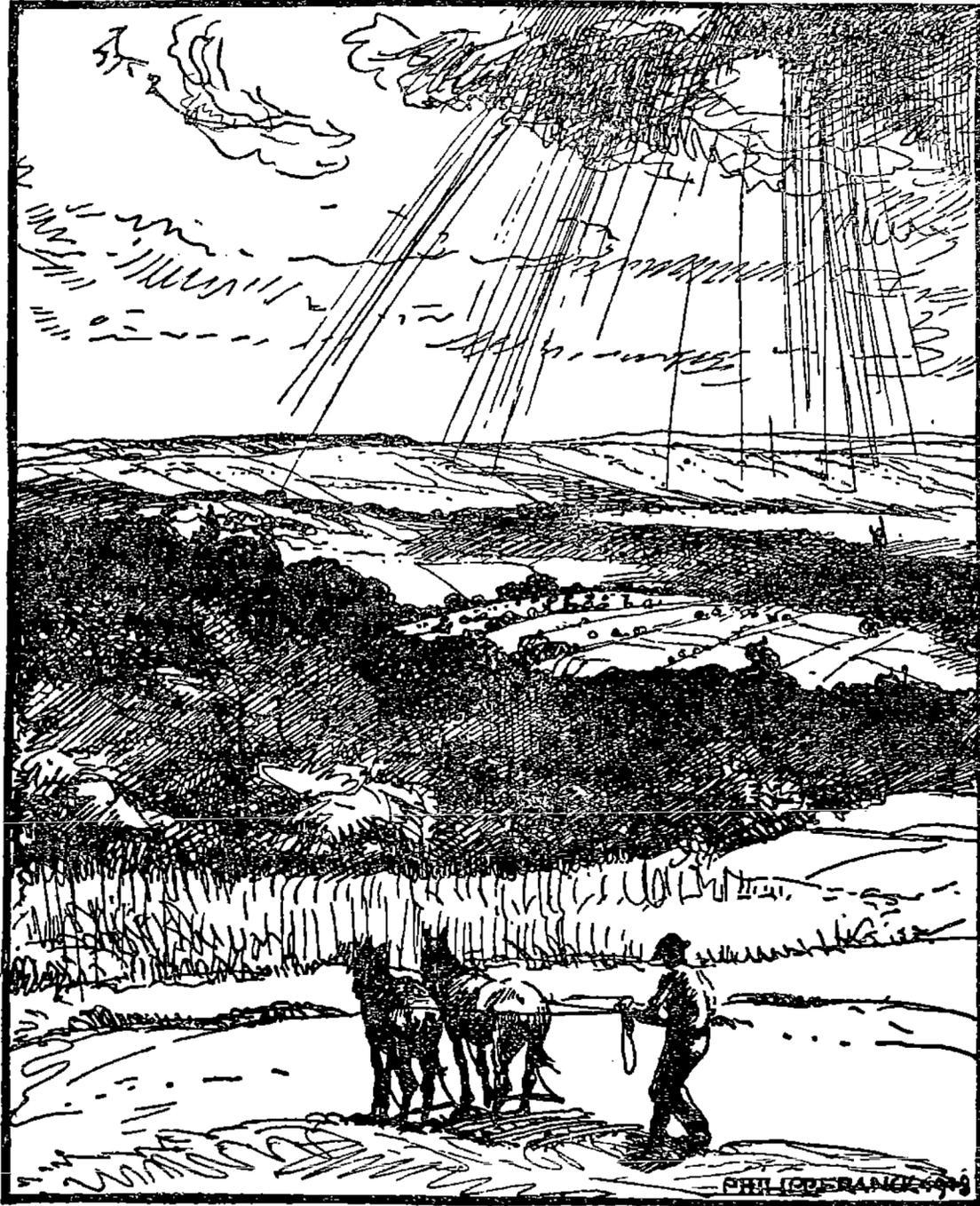
So setzt man Reich und Staat und die Öffentlichkeit unter Druck. Es ist schon fast zur Sitte geworden.

In Wirklichkeit bleibt man auch beim Anruf öffentlicher Hilfe noch immer *privat*. Man deckt seine Karten nicht restlos auf. Man sagt wohl, wieviel Löhne man zahlen muß, man sagt nicht, was man früher verdient hat und wo es geblieben ist. Man sagt nicht, wie man sich in Zukunft einrichten will. Man sagt auch nicht, daß man sich einer genauen Kontrolle der Öffentlichkeit unterstellen will. Man sagt vor allem nicht, *wer was an Gehalt bezogen hat, bezieht und noch beziehen soll*. Es ist eine ganz erstaunliche Sache: Großunternehmungen, die sagen, sie seien am Ende,

sie müßten untergehen, wenn ihnen nicht schleunigst von der Allgemeinheit geholfen werde, besolden ihre Leiter wie in den Tagen des Glückes, nach Zehntausenden von Reichsmark, wenn es nicht Hunderttausende sind, und das Allererstaunlichste: man tut so und kann so tun, als ob da nichts dabei wäre.

Wie vielen hat der Staat (Reich oder Land oder Gemeinde) in den letzten Jahren geholfen, die vorher streng *privat* waren, sich um niemand anders, als um ihr eigenes Wohl kümmerten und wieder streng *privat* wurden, nachdem sie aus der Klemme heraus waren? Wie viele, die „rein“ geworden sind, kamen nachher und haben es ihm gedankt? Bei wie vielen hat es unter dem Gesichtspunkte des Volkswohles gelohnt, anderen, die weniger hatten und haben und haben werden, zu nehmen, um es jenen zu geben? Denn wohl gemerkt: wenn der Staat irgend jemand etwas gibt, muß er es irgendwelchen anderen nehmen, und wenn das nicht von vorneherein die Kleinsten sind, dann wird die Last solange weitergewälzt, bis sie an diese gekommen ist. Das Abwälzungsmittel sind Preiserhöhungen. Solange die breiten Schichten des Volkes sich der Preiserhöhungen durch Selbsthilfe und politische Macht nicht zu erwehren wissen, so lange kommen sie aus dem Mangel und der Enge des Daseins nicht heraus.

Röhr.



Ph. Frank

Sommertag

Unsere Altersinvalidenunterstützung im Werden

Als vor etwa Jahresfrist unser Hauptvorstand die Bildung eines Kapitalbeschaffungsfonds für die Einführung einer Altersinvalidenunterstützung im Verbandsbeschlusse beschloß, haben zahlreiche Zustimmungskundgebungen dokumentiert, daß der Ausbau des Verbandes auch auf diesem Gebiete lebhafteste Freude in weiten Mitgliederkreisen ausgelöst hat.

Freilich haben unsere Kollegen sich keinen Illusionen hingegen. Es bedarf nicht vieler Ueberlegung, um herauszufinden, daß beträchtliche Geldmittel angesammelt werden müssen, um diesen Unterstützungszweig so zu gestalten, daß er den berechtigten Anforderungen, die an ihn gestellt werden müssen, entspricht, und daß er die Fortführung aller übrigen gewerkschaftlichen Aufgaben in keiner Weise hindert oder beeinträchtigt. Der Finanzierung dieses Unterstützungszweiges soll daher in erster Linie die Kapitalvermehrung dienen, die aus einem Teile der Mitgliederbeiträge entsteht. Seit dem 1. Januar 1927 schon werden von jedem Wochenbeitrag der 1. Beitragsklasse 20 Pfg. und von jedem Beitrag der 2. Klasse 15 Pfg. besonders zu diesem Zwecke zurückgestellt.

Der Kapitalwachst; die erste und wichtigste Vorbedingung für die Verwirklichung großer Pläne ist damit erfüllt.

Eine weitere Notwendigkeit steht noch bevor. Große Verpflichtungen und Belastungen aus den Unterstützungseinrichtungen können nur ruhigen Gewissens übernommen und getragen werden, wenn möglich einwandfreie Berechnungen über die zulässige Höhe der Unterstützungssätze angestellt werden können. Niemand ist imstande, sagen zu können, welche Unterstützungssätze tragbar sind, wenn nicht über Mitgliedschaftsdauer und Lebensalter der Mitglieder genaue Feststellungen gemacht werden und geprüft

wird, mit wie vielen Unterstützungsfällen in bestimmten Zeitabschnitten gerechnet werden muß.

Wir haben in unserem Verbandsunterstützungseinrichtungen nie auf's Geratewohl, sondern stets nach gründlicher Feststellung und Berechnung der Tragweite eingeführt. Mit noch größerer Sorgfalt müssen die Bestimmungen für die Altersinvalidenunterstützung aufgestellt werden, da für diese Unterstützungsart keinerlei Erfahrungen vorliegen, die für unsere Verhältnisse berücksichtigt werden könnten.

Unser Verbandsvorstand muß demnach verlangen, daß die vorgeschriebenen

Erhebungen über den Nachweis der Verbandsmitgliedschaft lückenlos durchgeführt und daß jedes Verbandsmitglied den für die Erhebung vorgelegten Fragebogen in allen Teilen richtig ausfüllt.

Jeder Ausbau des Verbandes kommt immer und ausschließlich den Mitgliedern zugute. Die vielgestaltigen Aufgaben, die an uns herantreten, werden uns noch häufiger vor die Notwendigkeit statistischer Umfragen stellen. Zahlen beweisen! Das gilt für alle Fragen der Interessensvertretung, das gilt auch für die Leistungsfähigkeit und für die Durchschlagskraft unseres Verbandes.

Der Gewerkschaftler soll mit freudiger Hingabe alle Obliegenheiten des Organisationslebens erfüllen. Leitender Gedanke muß allzeit sein: Der Verband ist für dich da, er ist dein Vorteil, er ist deine eigene Angelegenheit.

Das gilt für das Verbandsleben überhaupt, das gilt insbesondere auch für die geplante Altersinvalidenunterstützung in unserem Verband. Sch.

„Kleinigkeiten“ für Arbeitsrichter

Die Arbeitsrichter sind genau wie die Handelsrichter echte Richter. Die Arbeiterschaft hat jetzt darauf zu achten, daß die gesellschaftliche Stellung der Arbeitsrichter nicht durch kleinliche Verwaltungsmaßnahmen beeinträchtigt wird. Es mag sich gewiß zum Teil um Neußerlichkeiten handeln. Aber diese Neußerlichkeiten suchen gewisse Kreise auszunutzen, um zunächst durch Nichtbeachtung der Neußerlichkeiten allmählich in den Augen des Volkes den Arbeitsrichter zu einer Person niederen Grades zu machen. Also Vorsicht ist am Platze. Im „Deutschen“ Nr. 172 hat Herschel einen bemerkenswerten Artikel über diese Fragen geschrieben, den wir im Auszug unseren Kollegen nicht vor enthalten möchten. Die Red.

Viele Gerichtsschreiber scheinen sich ein besonderes Vergnügen daraus zu machen, die Arbeitsrichter mit ihrer privaten Berufsbezeichnung anzureden. Man schreibt also: Herrn Dreher Müller, Herrn Handlungsgehilfen Schulz, anstatt: Herrn Arbeitsrichter Müller, Herrn Landesarbeitsrichter Schulz. Es wäre natürlich heller Wahnsinn, würde sich jemand den Arbeitsrichter auf seine Visitenkarte setzen lassen. Aber die Herren Müller und Schulz sind für das Gericht und dessen Dienstverkehr nicht Dreher und Handlungsgehilfe, sondern Arbeitsrichter und Landesarbeitsrichter. Die private Berufstätigkeit geht das Gericht nichts an. Man lasse sich auch nicht damit abfinden, daß unter Fortlassung aller Berufs- und Dienstbezeichnungen lediglich an Herrn Müller oder Schulz geschrieben wird. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden. Aber ist es wohl denkbar, daß der Gerichtsschreiber einen Brief an den Landgerichtsrat Schmitz einfach an Herrn Schmitz richtet? Solange die ordentlichen Richter mit ihrer Dienstbezeichnung angedredet werden, steht dies auch den Arbeitsrichtern zu.

Sehr wichtig ist auch, daß die Arbeitsrichter mindestens am Tage vor der Sitzung die Originalakten studieren können. Jeder Richter hat ein Recht auf unbeschränkte Akteneinsicht in den Fällen, die er zu beurteilen hat. Auch der Arbeitsrichter hat dieses Recht. Er muß davon Gebrauch machen; denn ohne genaues Aktensstudium ist eine gewissenhafte Richtertätigkeit schlechterdings unmöglich.

Man lasse sich dieses Recht in keiner Weise verkümmern. Es genügt insbesondere keineswegs, daß der Vorsitzende mit dem Arbeitsrichter den Inhalt der Akten referierend durchspricht. Die Arbeitsrichter sind persönlich vor dem Gesetz und vor Gott für das Urteil verantwortlich und müssen deshalb auch persönlich die Akten studieren. Wer sich hieran hindern läßt, ist seines Amtes unwürdig. Am besten ist es, wenn die Akten den Arbeitsrichtern vom Gericht in die Wohnung geschickt werden. Dies ist auch bereits an einigen Gerichten zugesagt worden und muß überall erstrebt werden. Auf keinen Fall dulde man es, daß die Akten den Arbeitsrichtern in der Gerichtsschreiberei (Geschäftsstelle) oder gar im Botenzimmer zum Studium aufgelegt werden. Die Arbeitsrichter sind Richter und daher nicht in einem Botenraum, sondern in einem Richterzimmer unterzubringen. Notfalls muß der Vorsitzende sein Zimmer mit den Arbeitsrichtern teilen.

Bei der Einführung der Arbeitsrichter sollte man sich die persönliche Anwesenheit des Landgerichtspräsidenten ansbitten. Wir können jetzt beobachten, wie hier und dort zugleich 30 und noch mehr Arbeitsrichter in ihr Amt eingeführt werden. Ein feierlicher Moment! Glaubt jemand, wenn 30 ordentliche Richter in ihr Amt zugleich eingeführt werden, werde der Landgerichtspräsident abwesend sein, ohne sich entschuldigen zu lassen? Einige Landgerichtspräsidenten haben dem nicht Rechnung getragen und damit bewiesen, daß sie der Bedeutung der Arbeitsrichter nicht das nötige Verständnis entgegenbringen. Ihnen müssen die örtlichen Instanzen das Nötige sagen.

Zur sorgfältigen Ausübung des Richteramtes gehört ein regelmäßiges Studium der Fachliteratur. Deshalb stellt der Staat den Richtern Bibliotheken zur Verfügung. Das muß auch bei den Arbeitsgerichten geschehen, sei es indem neue Büchereien ins Leben gerufen, sei es indem die bisherigen Büchereien zur Mißbenutzung zur Verfügung gestellt werden.

Dazu kommt noch eine reine Etikettenfrage, nämlich die Frage der Robe. In den Sitzungen tragen die deutschen Richter eine

Mit der nächsten Nr. schließt unsere Erzählung „Oliver Twist“ ab. Wir haben im Verbandsorgan das traurige, von kaum einem Strahl Sonne erhellt Leben des

armen Oliver Twist

an uns vorüberziehen lassen. Wir sahen dieses Wesen in die Polypenarme des englischen Kapitalismus der schlimmsten Periode um 1820 geraten und fühlten mit ihm Not und Leid der damaligen arbeitenden Schichten.

Wie ist das doch alles — im Verhältnis zu früher — wesentlich anders geworden! Welchen Aufstieg, geistiger, moralischer und materieller Art hat doch die Arbeiterschaft genommen. Das war nur dem Gedankens der Einigkeit, der Solidarität zu verdanken.

Von dieser Idee des Zusammenstehens erzählt unsere nächste Novelle:

Das Fähnlein der sieben Aufrechten

von dem Züricher Stadtschreiber Gottfried Keller, einem der bedeutendsten Erzähler der deutschen Literatur.

Die Novelle spielt um 1848 in der Schweiz. Die sieben Aufrechten sind sieben Kleinstadthandwerker, die in Volk und Land ihre Stütze finden und die Freiheit hochhalten wollen durch Pflichterfüllung. Es liegt eine Summe staatsbürgerlichen Denkens in dieser Erzählung. Unsere Kollegen werden sehr viel daraus lernen können.

schwarze Robe. Ob das sinnvoll und zweckmäßig ist, kann hier unerörtert bleiben. Die Robe ist nun einmal für alle Richter vorgeschrieben. Den Handelsrichtern, die ja auch sogenannte Laienbeisitzer sind, wird sie vom Staate zur Verfügung gestellt. Auch den Arbeitsrichtern? Darüber hat man bisher leider in der Öffentlichkeit noch nichts gehört. Wir warnen! Eine verschiedene Behandlung von Arbeitsrichtern und Handelsrichtern können und werden wir uns unter keinen Umständen bieten lassen. Solange alle Richter Roben tragen, muß das auch für die Arbeitsrichter gelten. Schlaue Taktiker werden einen Ausweg vorschlagen: das gesamte Arbeitsgericht einschließlich des Vorsitzenden soll ohne Robe auftreten. So geht es nicht. Solange noch ein deutsches Gericht die Robe trägt, besteht keine Veranlassung, für das Arbeitsgericht darauf zu verzichten. Das Arbeitsgericht bedarf an sich nicht der Robe zur Wahrung seiner Autorität; es könnte darauf verzichten. Wenn man ihm aber von außen diesen Verzicht aufzwingen will, so ist das eine Gefährdung seiner Autorität, der wir entgegenarbeiten müssen.

Eine ähnliche Etikettenfrage ist die Sitzordnung am Richtertische. Bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sitzen der Vorsitzende in der Mitte, die Arbeitgeber zu seiner Rechten, die Arbeitnehmer zu seiner Linken. Darin lag eine Herabsetzung der Arbeitnehmer. Diesen alten Pops dürfen wir nicht übernehmen. Die Arbeitsrichter — man kann es nicht genug betonen — sind Richter, echte Richter. Sie müssen also am Richtertisch nach den Prinzipien sitzen, nach denen sonst den Richtern die Plätze zugewiesen werden, d. h. der Vorsitzende sitzt in der Mitte, rechts der älteste, links der jüngste Richter. Auch bei den Arbeitsgerichten muß streng nach dem Alter und ohne jede Rücksicht auf sonstige Verhältnisse die Platzordnung aufgestellt werden.

Wie hierin, so muß auch in der Frage des Ersizes der Reisekosten die richterliche Stellung der Beisitzer zum Ausdruck gelangen. Das Amt des Arbeitsrichters ist ein Ehrenamt. Es soll

ihn nicht bereichern. Aber ein angemessener Ersatz seiner hohen Auslagen ist ihm zu gewähren. Die bisher hierzu erlassenen Bestimmungen sind zum mindesten ein starker Verstoß gegen den Geist des Gesetzes. Ist es vielleicht angemessen, wenn die Arbeitsrichter Unkostenersatz nach Grundsätzen erhalten, die sonst nur auf die „alleruntersten“ Beamten angewendet werden, etwa auf Nachtwächter? Ist es angemessen, daß der Vorsitzende seine Dienststreifen in der zweiten Wagenklasse zurücklegt, während sich die Arbeitsrichter mit der dritten Klasse begnügen müssen? Diese Art der Spesenregelung ist nicht als eine Sparmaßnahme zu verstehen. Es ist ein klarer Ausdruck dafür, daß manche Leute die Arbeitsrichter gern als Richter, aber nur als Richter dritter Klasse anerkennen, und auch das nur, weil es sich auf Grund des Gesetzes nicht umgehen läßt. Auch in Arbeitgeberkreisen hat diese Regelung starken Unwillen hervorgerufen. Würde man den Arbeitsrichtern keine Reisekosten ersetzen, so wäre das unzumutbar, aber zur Not erträglich. Der heutige Zustand aber schreit nach Abhilfe und muß so bald als möglich verschwinden.

Von großer Bedeutung ist des weiteren, daß sich die Arbeitsrichter von vornherein ihr gesetzlich festgelegtes Fragerecht nicht kürzen lassen. Auch hier gilt es, von Anfang an einer solchen Gesetzeshandhabung zu wehren. Da die Arbeitsrichter — man muß es immer wieder unterstreichen — echte Richter sind, haben sie nicht das sehr geringe Fragerecht der Schöffen, sondern das sehr weitgehende Fragerecht der Richter. Es darf der Vorsitzende nach Par. 136 Z. P. O. die mündliche Verhandlung erst schließen, „wenn nach Ansicht des Gerichts die Sache vollständig erörtert ist“. Maßgebend ist also die Meinung des Gerichts in seiner ganzen Besetzung, nicht etwa die des Vorsitzenden allein. Gemäß Par. 139 Z. P. O. hat der Vorsitzende auf Verlangen jedem Mitglied des Gerichts zu gestatten, Fragen zu stellen. Der Vorsitzende ist außerstande, eine Frage nicht beantworten oder nicht zuzulassen. Der Arbeitsrichter hat aber einen unbedingten Anspruch darauf, daß der Vorsitzende ihm die Stellung jeder Frage, die der Arbeitsrichter persönlich für notwendig hält, ohne weiteres gestattet. Das Recht, Fragen eines Arbeitsrichters zu beantworten, haben lediglich die Parteien. Beanstanden diese nach Par. 140 Z. P. O. die Frage eines Arbeitsrichters, so entscheidet wiederum das Gericht, nicht der Vorsitzende allein. Diese Bestimmungen muß sich jeder Arbeitsrichter genau einprägen. Denn es besteht Grund zu der Befürchtung, daß der eine oder andere Vorsitzende dem Fragerecht der Arbeitsrichter etwas kühn gegenübersteht.

Endlich sollten die Arbeitsrichter sich Abschriften der Urteile besorgen, an denen sie mitgewirkt haben. Durchweg scheinen die Vorsitzenden bereit zu sein, diesem Wunsche zu entsprechen. Ein Durchschlag des Urteils kostet ja auch weder Mühe noch Geld. Wo aber die Vorsitzenden kleinlich sind, muß man sehen, daß man die Abschriften auf eine andere erlaubte Weise bekommt. Die Arbeitsrichter eines Gerichts, soweit sie Arbeitnehmer sind, müssen diese Abschriften vervielfältigen und miteinander austauschen. Nur so können sie einen Überblick gewinnen und für die erforderliche Einheitlichkeit der Rechtsprechung Sorge tragen. Nur so läßt sich auch vermeiden, daß der eine Arbeitsrichter gegen den anderen ausgespielt wird.

W. Herschel.

Der „Datsch“ und die Ausbildung unseres techn. Nachwuchses

Der Name „Datsch“ mag manchem Leser etwas spanisch vorkommen. Er ist eine Abkürzung und heißt: Deutscher Ausschuß für technisches Schulwesen. Das zur Vorbemerkung.

Schon vor Jahrzehnten wurde vereinzelt die Notwendigkeit erkannt, die Lehrlingsausbildung der Industriearbeiter erheblich zu verbessern. Man hatte allmählich einsehen gelernt, daß die jahrhundertalte Handwerkerbildung, die noch dazu immer mehr an Bedeutung zurückging — kann man doch im 19. Jahrhundert direkt von einem Verfall des Handwerks sprechen —, nicht mehr genügte für die immer umfangreicher werdende und sich immer

mehr verästelnde Industrie, und daß die in der Industrie tätigen Arbeiter den immer mannigfacher werdenden Anforderungen, die die Technik an sie stellen mußte, nicht mehr ausreichend nachkommen konnten. So entstanden schon um die Wende des 19. Jahrhunderts bei einzelnen führenden Werken der deutschen Industrie Anstalten zu besonderer industrieller Lehrlingsausbildung. Allmählich brach sich dann auch in weiteren Kreisen die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß ohne geordnete und intensive Ausbildung des technischen Nachwuchses, der ja doch einen Grundpfeiler der gesamten Industrie darstellt, ein Fortschritt in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr denkbar sei.

Auch der Verein Deutscher Ingenieure erkannte frühzeitig die Wichtigkeit, die eine geordnete Lehrlingsausbildung hatte. Er hatte stets den Fragen der technischen Ausbildung seine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Als nun

Arbeitsgänge

1. Auflegen einer Modellhälfte auf den Aufstampfboden, Aufsetzen des Unterkastens
2. Aufschieben und Andrücken des Modellsands
3. Formsand einschaulen, Unterteil aufstampfen
4. Luftstechen und Abstreifen
5. Wenden, Glatt polieren, Streusand streuen, 2. Modellhälfte aufsetzen
6. Aufsetzen d. Oberkastens, Trichter und Schlackenlauf einsetzen
7. Modellsand aufreiben, Andrücken an das Modell
8. Formsand einschaulen, Oberteil aufstampfen
9. Luftstechen, Trichter herausziehen, Abstreifen
10. Oberkasten abdrehen und wenden
11. Modell herausnehmen, Ausschneiden d. Ergüsse im Zent.
12. Schneiden d. Trichters im Oberteil, Staub-, Ballpolieren
13. Kernluft abführen, Kern einsetzen
14. Oberteil aufsetzen, Prüfen ob Kern sitzt
15. Abheben und Wenden des Oberteils
16. Abführen der Kernluft nach oben
17. Zusammensetzen der Kasten, Beladen und Gießen

Datum	Name	Datum	Name
Gezeichnet 11. 23.	Geprüft		

Lagerbock

Lehrgang des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen
 Form- DT 723

Aus dem Formlehrengang.

im Jahre 1908 vom preußischen Handels- und Gewerbe-Ministerium die Neuorganisation der preußischen technischen Schulen durchzuführen begonnen wurde, entschloß sich der Verein, in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, zur Gründung eines besonderen Ausschusses, der all diese Fragen von zentraler Stelle aus behandeln sollte. Dieser Ausschuss erhielt den Namen **Deutscher Ausschuss für Technisches Schulwesen**, kurz **Datsch** genannt. Er wurde gegründet zunächst in der Absicht, die umfangreichen Fragen des so überaus verwickelten deutschen technischen Schulwesens als

Bindeglied zwischen Behörde, Industrie und Schule zu bearbeiten. Daß der Gedanke dieser Gründung richtig war, zeigte sich sehr bald an der Erweiterung des Deutschen Ausschusses, dem man die Form einer freien Körperschaft gegeben hatte, durch den Hinzutritt vieler technischer Vereine und Verbände. Zur Zeit sind es etwa 50.

Im Laufe der ersten 10 Jahre seines Bestehens bearbeitete der Datsch das niedere, mittlere und höhere Schulwesen. Für diese Arbeiten legen die bis zum Jahre 1919 herausgekommenen 5 Bände der „Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen“ ein beredtes Zeugnis ab. Die aus diesen Arbeiten entstandenen Vorschläge und Leitsätze haben auch heute noch zum großen Teil Geltung.

Wurde bis dahin in erster Linie die schulische Seite der Ausbildung behandelt, so zeigte sich nach dem Kriege die Notwendigkeit, die praktische Werkstattausbildung mehr als bisher in den Vordergrund der Erörterungen zu rücken. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Ausbildung des industriellen Facharbeiters während des Krieges auf eine Stufe zurückgegangen war, die es der deutschen Industrie unmöglich machte, die gewaltigen Schäden des verlorenen Krieges wieder gut zu machen, den Fortschritt des Auslandes, insbesondere Amerikas, wieder einzuholen und den industriellen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands zu ermöglichen.

Wollte der Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen hierbei unmittelbar wirksame Arbeit leisten, so durfte er nicht vor der schwierigen Aufgabe zurückschrecken, in mühevoller, planmäßig organisierter Gemeinschaftsarbeit mustergültige Lehrmittel für diesen Zweck auszuarbeiten. Sobald man diese wichtige Forderung erkannt hatte, schritt man auch schon zur Ausführung derselben. Der Datsch machte sich die langjährigen Erfahrungen führender Werke, wie MAN., AEG., GEM. u. v. a. zunutze und begann mit der Schaffung und Herausgabe von unmittelbar in der Praxis verwendbaren Vorbildern. Es entsprach dem Charakter des ganzen zu schaffenden Werkes, daß es eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen war, eine große Zahl hervorragender Fachmänner zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. Diese haben dann auch redlich dazu beigetragen, daß dieses bedeutungsvolle Lehrwerk, das wohl einzigartig dasteht, hergestellt werden konnte. Unter dem Namen „**Datsch-Lehrgänge**“ soll es nach seiner endgültigen Fertigstellung sämtliche wichtigen Berufsarten umfassen. Zunächst begann man mit den Arbeiten für einen **Maschinenschlosser-Lehrgang**, der dann auch bereits Ende 1919 vorgelegt werden konnte. In den folgenden Jahren schlossen sich unter steter Verbesserung und Vervollkommnung an Lehrgänge für **Modelltischler**, **Formmer**, **Schlosser**, insbesondere **Bauschlosser**, **Schmiede** und **Klempner**. Im Laufe dieses Jahres werden weiter erscheinen **Werkzeugmacher**, **Maurer** und **Zimmerer**. In Form von vorbildlichen, normgemäßen Werkstattzeichnungen nach dem neuesten Stande der Technik geben diese Lehrgänge einen genauen Inhalt und ein getreues Abbild des betreffenden Berufes nach seinen handwerklichen Fertigkeiten. Dipl.-Ing. H. Neumann.

Auf dem Wege zum Uhrenruß

Man hat vielfach geglaubt, daß Trußbildungen nur in den Industrien der Rohstoffe und Halbfabrikate möglich wären. Schon der Zusammenschluß der Kamerafabriken hat aber gezeigt, daß die Bildung eines nahezu umfassenden Trußs, auch bei der Erzeugung von hochwertigen Fertigfabrikaten möglich ist. Der dieser Tage von den Generalversammlungen der beteiligten Gesellschaften genehmigte **Zusammenschluß in der Uhrenindustrie** ist, wie das „Magazin der Wirtschaft“, Nr. 31, in einem beachtenswerten Artikel schreibt, der erste Schritt auf dem Wege zu einem deutschen Uhrenruß, der nach seiner Errichtung nach zuverlässigen Schätzungen mindestens 50 % der Weltproduktion an Uhren umfassen würde. Die deutsche Uhrenindustrie ist auf vier Gebiete mit alteingesessenem Arbeiterstamm verteilt: auf den südl. Schwarzwald, Sachsen (Glashütte), Thüringen u. Ostelbien (Freiburg). Sie beschäftigt schätzungsweise 25 000 bis 26 000

Arbeiter und Angestellte, von denen etwa 20 000 im Schwarzwald tätig sind und rund 15 000 auf nur sechs Großfirmen entfallen, nämlich vor allem auf die **Gebr. Junghans A.G.** in Schramberg (etwa 5500), auf die **Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik A.G.** in Schramberg (etwa 2000), die **Kienzle Uhrenfabrik A.G.** (etwa 2600), die **Thomas Crust-Haller A.G.** und die **Friedrich Mante G. m. b. H.** in Schwenningen (je etwa 1500 Arbeiter) sowie die **Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken A.G.** inkl. vorm. **Gustav Becker** in Freiburg (1700 Arbeiter).

Zwischen diesen sechs Firmen schwebten seit längerer Zeit Einigungsverhandlungen mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit auf technischem und kaufmännischem Gebiet. Denn der einstmalig marktbeherrschenden deutschen Uhrenindustrie waren seit

dem Kriege auf dem Weltmarkt ernstliche Gegner erwachsen; einmal in der französischen und italienischen Großuhrenindustrie, zum anderen in der schweizerischen Taschenuhrenindustrie, die mit ihrer weitgehenden Spezialisierung der einzelnen Werke und einer demgemäß billigen Produktion selbst in Deutschland eindrang und der Schwarzwälder Industrie sogar das badische Absatzgebiet teilweise strittig machte.

Nachdem die Schweizer Fabriken ihre Konkurrenzchancen durch einen engen Zusammenschluß noch verbessert hatten (Errichtung der Ebauches S.-A., Neuenburg, als Trust der Rohwerkfabriken, Ende 1926) und sich der Wettbewerb der deutschen Werke bis an die Grenze des wirtschaftlich Tragbaren verschärft hatte (Auflösung der ohnehin sehr losen Preiskonvention), hielt man es für klüger, ebenfalls über einen Zusammenschluß zu verhandeln. An diesen Besprechungen waren die oben erwähnten sechs Firmen beteiligt, die nach dem Zusammenbruch des Thüringer Hermann-Konzerns und der Deutschen Präzisions-Uhrenfabrik Glashütte G. m. b. H. die deutsche Uhrenproduktion fast restlos repräsentieren.

Die Verhandlungen, die von der Schramberger Gruppe (Junghans, Hamburg-Amerikanische A.-G.), der Freiburger Firma und den Großbankverbindungen dieser Gesellschaften gefördert wurden, scheiterten an dem Selbständigkeitswillen der kleineren Schwenninger Firmen, die den Charakter von Familien-gesellschaften tragen und sowohl Schramberg als Sitz der künftigen Einheitsgesellschaft als auch die ihnen angebotenen Quoten ablehnten. Darauf schlossen sich die verständigungsbereiten Gesellschaften in der Weise zusammen, daß die Gebr. Junghans A.-G. ihr Aktienkapital von 14,98 auf 21 Millionen Reichsmark erhöhte und die Hamburg-Amerikanische und die Freiburger

Gesellschaft ihren Aktionären den Umtausch ihrer Aktien in neue Junghans-Aktien im Verhältnis 1:1 vorschlugen. Wie in der Junghans-Generalversammlung mitgeteilt wurde, sind bisher 95 Prozent des Aktienkapitals der Freiburger Gesellschaft (insgesamt nom. 2,66 Mill. RM) und 97 Prozent des Kapitals der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft (3 Mill. RM) freiwillig umgetauscht worden. Gleichzeitig schlossen die Gesellschaften eine dreißigjährige Interessengemeinschaft, unter Einsetzung eines Gemeinschaftsvorstandes und eines Gemeinschaftsausschusses (mit den Funktionen eines Aufsichtsrates), so daß eine nahezu vollständige Fusion erreicht ist. Die Vollfusion wurde mit Rücksicht auf den erwarteten Beitritt von Außenseitern und wohl auch aus markenrechtlichen Gründen vermieden.

Die erste Wirkung des Zusammenschlusses ist ein aussichtsreicher Wiederbeginn der Verhandlungen über eine straffe Preiskonvention der gesamten deutschen Uhrenindustrie gewesen. Eine der Schwenninger Gesellschaften soll überdies bereits über einen Anschluß an den neuen Konzern verhandeln. Es erscheint sonach nicht ausgeschlossen, daß unter dem Druck der mächtigen neuen Großfirma in absehbarer Zeit der trnstartige Zusammenschluß aller maßgebenden Uhrenfirmen erfolgen wird.

Die Arbeiter in der Uhrenindustrie müssen es sich überlegen, wie sie diesem werdenden gewaltigen Trust gegenüberstehen wollen. Als Unorganisierte werden sie jedem Machtdiktat rechtlos preisgegeben sein. Nur als Organisierte ist es ihnen möglich, ihre Rechte zu wahren und darüber hinaus eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Für christlich denkende Uhrenarbeiter kann als Organisation nur der Christliche Metallarbeiterverband in Frage kommen.

Hüttenarbeiterschutz und Großeisenindustrie

Meister im Klagen und Ubertreiben.

Wenn jemand meisterlich zu Klagen versteht, dann sind es unsere Eisengewaltigen. Der deutschen Eisenindustrie hat es alleweil schlecht gegangen bis auf den heutigen Tag. Den Eindruck muß man gewinnen, wenn man industriellen Klagegesängen irgendwie Glauben schenkt. Zum Mißtrauen veranlaßt indessen schon der verdächtige Umstand, daß die Klagen über den schlechten Zustand der Wirtschaft und deren trübe Aussichten an Lebhaftigkeit besonders dann zunehmen, wenn die Industrie etwas oder etwas mehr geben soll. Die Steuern bringen sie um, die Frachten machen ihr den Garaus, etwas mehr an Lohn oder kürzere Arbeitszeit bringt sie aufs Sterbebett, und soziale „Belastung“, wie der schöne Ausdruck lautet, gibt ihr vollends den Todesstoß. Ja, aller Glaube an unsere stolze deutsche Eisenindustrie ist Irrwahn. Unsere stolze deutsche Eisenindustrie, die sich in „überheblichen“ Augenblicken auch schon mal mit dem Beinamen „Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft“ ziert, hat nur kümmerlich dahingegitert bis auf den heutigen Tag. Jeder Windhauch, besonders jeder soziale Windhauch wirft sie haltlos hin und her. Besonders Wünsche und Ansprüche der Arbeiter lösten und lösen ein Herz und Nieren packendes Klagegedicht aus mit allen Tonraffinessen von scheinbar sachlicher Wertung bis zur Ubertreibung der Wirkung und leidenschaftlichem Widerstand. Eine rückblickende Betrachtung in

dieser Hinsicht ist interessant und wertvoll auch zur Aufhellung und Beurteilung der heutigen Verhältnisse.

Der Grund des Arbeiterschutzes.

Es ist unbestreitbar, daß die Arbeit in der Großeisenindustrie zur schwersten, aufreibendsten und gefahrvollsten Tätigkeit im Wirtschaftsleben gehört. Gerade für diese Arbeitergruppen galt aber die längste Arbeitszeit, herrschte das Zweischichtensystem, mußten die Arbeiter 12, 24, ja oftmals 36 Stunden schaffen, bestand keine Pausenregulierung, dafür aber der schärfste Zwang zur Ueberstundenleistung und Sonntagsarbeit. Nach den Berechnungen von Professor Dr. Franke, dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“, und den Erhebungen der Gewerbeaufsicht war in den Jahren 1909 bis 1912 folgende Entwicklung der Ueberstunden zu verzeichnen:

Jahr	Zahl der Arbeiter	Ueberstunden in Million	Sonntagsüberstunden in Million
1909	183 000	13	—
1910	195 000	18,6	7,5
1911	202 210	24,3	9,4
1912	219 711	24,6	11,5

Ein geradezu graufiges Anwachsen der Unfallziffern und Krankheiten war die unausbleibliche Folge. So stellte unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber, der Bahnbrecher des Hüttenarbeiterschutzes, in seinem Buch: „Der Arbeiterschutz in der schweren und gesundheitschädlichen Industrie“ Seite 38-39 folgende Unfallziffern auf je 1000 Arbeiter fest:

	1902	1903	1904	1905	1906
Südwestdeutsche Eisen- und Stahlwerks-Berufsgenossenschaft	—	—	102,03	103,6	—
Im rheinisch-westfälischen Gebiet	183,3	180,0	187,6	195,0	199,0
In Oberschlesien	—	—	—	—	107,3
Sektion Eisen der Hütten- und Stahlwerks-Berufsgenossenschaft	—	—	—	—	213,0
Sektion Oberhausen	—	—	—	—	240,0
Im Bergbau dagegen nur	102,0	120,0	124,0	126,0	—

In Oberschlesien wurden sogar Frauen in der schweren Industrie in den Hüttenwerken im Jahre 1905: 3214, in den Blei- und Zinkwerken 1715, auf allen Industriewerken 12 263 Frauen und Mädchen mit schweren Arbeiten, wie Koksfahren, Kohlenabladen, Schieben von Schlackenwagen bei einem Lohn von 1,— bis 1,50 M pro Tag beschäftigt.

Was liest du denn da so eifrig?

Ich lese die technische Monatschrift

Wissen und Fortschritt

eine Zeitschrift mit vielen aufklärenden. Artikeln über die Gebiete, die auch für den Metallarbeiter von größtem Interesse sind.

Ist es eine große Zeitschrift?

Jede Nummer hat 150 Seiten, mindestens 200 Abbildungen und ist inhaltlich auf der Höhe. Ich kann sie dir nur empfehlen.

Preis pro Heft 1 Mark. Verlag Industriebericht, Berlin S. W. 48.



Es ist angesichts solcher Verhältnisse erklärlich, daß die Arbeiter nach einer Reform streben. Es ist das unbestreitbare Verdienst des Christlichen Metallarbeiterverbandes, zuerst allen Organisationen die elende Lage der Hüttenarbeiter offenbart und dem Arbeiterschutze wirksamst den Weg bereitet zu haben. Lange Jahre hindurch haben die deutschen Unternehmer mit ihren Klagen und ihrem Widerstand die Reform hintanzuhalten gewußt. Es bedurfte eines fast zehnjährigen Kampfes, um in diesen starren Wall antisozialer Gesinnung und Voreingenommenheit durch die Bundesratsverordnung zunächst zu durchlöchern.

Wie die Unternehmer den Arbeiterschutze bekämpften.

Es ist nicht gerade ehrend für unsere deutschen Metallindustriellen, wenn man bei rückblickender Betrachtung feststellen muß, daß Art und Methode dieses Kampfes durchaus nicht einwandfrei war. Die Lage der Arbeiter wurde beschönigt, die Auswirkungen der Reform auf die Industrie übertrieben. Man schreckte nicht zurück vor Schmähung der Gewerkschaften und der Sozialreformer. Eine kleine Blütenlese solcher Stimmen aus industriellem Lager zeigt deutlich Art und Natur dieses Kampfes, wie er besonders heftig war in den Jahren seit 1907.

a) Stimmen der Beschönigung der Arbeiterlage.

„Kölnische Zeitung“ vom 14. 8. 1907: „Die Ueberstunden . . . werden sehr gut bezahlt und auch gerne geleistet. Die Leute drängen sich sogar dazu . . . Ein Zwang zu Ueberstunden tritt nur in seltenen Fällen ein.“ Die Unfallgefahr liege lediglich im Arbeiterwechsel begründet. Eine Reihe großer Werke habe vorzügliche gesundheitliche Einrichtungen, andere seien im Begriff, solche zu schaffen.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 19. 4. 1912: „Die Durchführung der Sonntagsruhevorschriften wird dadurch wesentlich erschwert, daß sich die Arbeiter zu den Sonntagsarbeiten geradezu drängen und kein Mittel unversucht lassen, um durch die Kontrolle zu gelangen oder nach Schluß der Wochenschicht an der Arbeitsstelle zu verbleiben und sich an den Sonntagsarbeiten zu beteiligen. Bei der polizeilichen Vernehmung der gesetzwidrig beschäftigten Arbeiter bekunden diese häufig lebhaften Unwillen und heftige Erregung darüber, daß ihr Verdienst durch Beschränkung der höher bezahlten Sonntagsarbeit geschmälert wurde.“

„Kölnische Zeitung“ nach Bericht des „Bochumer Anzeigers“ vom 22. 7. 1912: „Uns liegen zur Zeit nur Zahlen für den Hochofenbetrieb vor . . . Nach diesen sehr sorgfältigen Erhebungen . . . ergab sich, daß die tatsächliche Arbeitszeit zwischen 38 und 70 Prozent der Schichtdauer schwankte und daß man . . . im Durchschnitt am Hochofen auf eine 6- bis 7stündige wirkliche Arbeitszeit in einer 12stündigen Schicht rechnen kam.“

Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller vom 21. 11. 1912 an den Minister für Handel und Gewerbe:

„Es ergab sich nun, daß die normale wirkliche Arbeitszeit am Hochofen während einer 12stündigen Schicht 6 bis 7 Stunden, im Thomasstahlwerk 8 bis 9 Stunden, im Siemens-Martin-Stahlwerk 6 bis 7 Stunden für die Feuerarbeiter beträgt . . . Das sind Zahlen, die wahrlich nicht von einer übergroßen Forderung . . . der Arbeiter zeugen . . . Am treffendsten wird unsere Auffassung durch die Tatsache belegt, daß die Arbeiter sich nicht nur zur Ueberarbeit drängen, sondern alle möglichen Mittel anwenden, um nur irgendwie an der besser bezahlten Ueberarbeit, an der die Werke im allgemeinen naturgemäß kein Interesse haben, teilzunehmen . . . Die Tätigkeit des Arbeiters in der modernen Eisengroßindustrie ist aus einer mehr manuellen und körperlichen in eine beaufsichtigende und kontrollierende übergegangen.“

b) Schwarzmalerei hinsichtlich der Auswirkung des Arbeiterschutzes.

Die „Völklinger Zeitung“ vom 2. 8. 1912: „Die Einführung der 8-Stundenschicht würde zur Folge haben, daß die Hüttenwerke ihre Belegschaften um die Hälfte der heutigen Stärke erhöhen müßten. Zu dieser erhöhten Arbeiterzahl würde natürlich auch eine erhöhte Beamtenschaft kommen, denn abgesehen davon, daß das technische Aufsichtspersonal in der gleichen Weise vermehrt werden müßte, müßten mit den Arbeitern und Betriebsbeamten auch die Zahl der Verwaltungsbeamten erhöht werden. Ebenso würden die steuerlichen und sozialen Lasten bedeutend anschwellen. Die Betriebskosten der Hüttenwerke würden infolgedessen in einem Maße steigen, das

einer Verdoppelung nahe käme.“ Dadurch würde der bisherige Gewinn aufgezehrt, der Kapitalzufluß verhindert und die Industrie vom Weltmarkt verdrängt werden.“

Dr. E. Hoff in der „Deutschen Wacht“ nach dem Bericht der „Düsseldorfer Volkszeitung“ vom 9. August 1912:

„Man wird also allein für die rheinisch-westfälische Großindustrie mit einer annähernden Mehrausgabe von 100 Millionen Mark rechnen können. Für ganz Deutschland wird die Erhöhung der Lohnsumme, gering gerechnet, mit 200 Millionen zu veranschlagen sein. Dazu kommt noch, daß außer der Vermehrung des Lohnaufwands sich doch selbstverständlich die Gesamtkosten in entsprechendem Maße steigern müssen. Damit wäre der deutschen Eisen- und Stahlindustrie sowohl im Wettbewerb im Ausland als auch dem Ausland gegenüber in Deutschland selbst das Urteil gesprochen.“

c) Schmähung der Arbeiter, der Gewerkschaften und der Sozialreformer.

Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom 21. 11. 1912: „Mit andern Worten: 40,96 Prozent der Ueberarbeit . . . wurde infolge Blaumachens, Kirrmesfeiern und sonstigen freiwilligen Feiern der Arbeiterchaft ohne Urlaub erforderlich . . . Hat er (der Arbeiter) nun seinen vorgenommenen Verdienst in kürzerer Zeit erreicht, so liegt darin leider für eine geringe Zahl von Arbeitern der Anreiz, die gewonnene Zeit zum Müßiggang zu benutzen und demgemäß zur Arbeit nicht anzufahren. Darin liegt auch der tiefere Grund des oben besprochenen Blaumachens der Arbeiter.“

Die „Völklinger Zeitung“ vom 2. 8. 1912 äußert sich in ähnlicher Weise: „Unseres Erachtens ist diese Frage in erster Linie ein Agitationsstoff . . . Ob dabei die Konkurrenzfähigkeit und auch die Existenz unserer Industrie bedroht werden . . . das kümmert diese Art Volkswirte nicht . . . Schlimmer kann es mit der Begriffsverwilderung in den gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr werden.“

„Saarbrücker Neueste Nachrichten“ vom 30. 10. 1909: „Aus all den zahlreichen Bekundungen empfangen wir den unbeeirraren Gesamteindruck, daß genannte Bundesratsverordnung ein typisches Glanzstück jener mit „sozialem Del“ gefärbten Bürokratie ist, die vom grünen Tisch aus die Existenzbedingungen der Volkswirtschaft meistern und die flutende Welt der Technik in das Prokustesbett juristischen Formelkrams spannen möchte. Das Endergebnis ist stets dasselbe: statt zu bessern und dem Arbeiter sachkundig aufzuhelfen, wird seine Lage ökonomisch und technisch durch die Fünfmalweisen nur verschlechtert.“

Gruppe Nordwest verlangte lt. „Stahl und Eisen“, Nr. 12, 1913: „So muß die (Nordwestliche Gruppe) schon heute darauf drängen, daß zu den vom Staatssekretär in Aussicht gestellten Erhebungen als Vertreter der Arbeiter keine Abgeordneten der Metallarbeitergewerkschaften herangezogen werden.“

Dr. Felix Kuh versteigt sich sogar in Nr. 4, 1914 der „Arbeitgeberzeitung“ zu folgendem „Wunsch“: „Wer aber leichtfertig und fahrlässig den Bestand der Dinge zu untergraben sucht, einen Strick um den Hals und an den Galgen mit ihm! Wie wär's, wenn wir es in den deutschen Parlamenten einmal mit dem Rezept aus Lokris versuchten?! Wie würde der Bedarf an Stricken steigen. Wie schnell würde sich die Zahl der Abgeordneten, die neue Gesetze einzubringen haben, verringern, wie heilsam würde diese kritische Warnung auf den Gesezesseifer unserer Parlamentarier wirken.“ — — —

Wir wollen damit diese kleine, aber bezeichnende Blütenlese beenden. Es sollte kein zweckloses Nachkarten vergangener Dinge sein, sondern den Blick öffnen für die Gegenwart. Genau mit den gleichen Mitteln und Gründen wird auch heute der Arbeiterschutze bekämpft. Noch nie hat die deutsche Eisenindustrie von sich aus auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ein Zugeständnis gemacht. Aller sozialer Fortschritt mußte ihr abgerungen werden.

Noch etwas fällt auf. Ihre Wirtschaftsprophezeiungen gingen daneben. Die deutsche Eisenindustrie hat sich glänzend entwickelt, steht heute trotz des gewaltigen Rückschlages durch den Weltkrieg wieder stolz und stark da.

So zeigt ein Rückblick dem Sozialreformer, was von den antisozialen Gründen der Industrie zu halten ist, und dem Arbeiter erneut und eindringlichst die ganze Bedeutsamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

M. F.

Amichau

Lorenz Everhard †

Durch einen plötzlichen Tod infolge Herzschlages wurde einer der Besten unserer Ortsverwaltung M-Gladbach von uns gewonnen. Lorenz Everhard, von Beruf Formner, war Mitbegründer unserer Ortsverwaltung im Jahre 1899. Überall, wo es galt, die Belange des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu vertreten, war er zur Stelle. Lange Jahre als Vorstandsmitglied und Vertrauensmann tätig, war ihm kein Weg zu weit, scheute er keine Mühen und Opfer, um der Metallarbeiterschaft im hiesigen Bezirk den Weg zum Aufstieg bereiten zu helfen. Noch im vergan-

genen Winter, 68jährig, beteiligte er sich aktiv an der Werbearbeit und hatte, Dank seiner großen Erfahrung, schöne Erfolge zu verzeichnen. Noch 3 Tage vor seinem Tode weilte er im Kreise von Metallarbeiterkollegen. Jetzt, da er einen sonnigen Lebensabend hätte erleben können, berief ihn unser Herrgott zu sich in die Ewigkeit. Für die Jugend war er ein leuchtendes Beispiel der Pflichterfüllung. Mögen recht viele unserer jugendlichen Kollegen sich ihn zum Vorbild nehmen und das Werk vollenden, welches er begonnen hat.

Er ruhe in Frieden!

Amerikanische Automobilausfuhr und Deutschland

Während die Gesamtproduktion von Automobilen und Lastautos in Nordamerika im ersten Vierteljahr 1927 im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum 1926 einen leichten Rückgang aufwies, ist die Ausfuhr auf rund 99 000 Stück gegen rund 82 500 im ersten Vierteljahr 1926 gestiegen. Allerdings ist der Durchschnittswert der ausgeführten Personenaugen etwas ausgefallen, während der Lastwagen im Vergleich mit dem Vorjahr etwas gestiegen ist. Deutschland, dessen Einfuhr sich ebenso wie die Belgiens in letzter Zeit stark gehoben hat, ist Käufer teurer Wagen, während Dänemark hauptsächlich billige Wagen bezog. Deutschland nahm im Berichtsvierteljahr 2685 Wagen im Gesamtwert von 2 479 504 Dollar.

Diese 10 Millionen Mark sind der deutschen Automobilindustrie im ersten Vierteljahr 1927 entzogen. Zum Teil hat das seinen Grund im Renommieren des so national (??) eingestellten Deutschen mit ausländischen Sachen, zum zweiten aber auch, weil die deutsche Automobilindustrie noch nicht die Höhe hat, die man von ihr erwarten kann. Es wird höchste Zeit, daß bis zum Zollabbau auf Autos die deutsche Automobilindustrie wenigstens den deutschen Markt beherrscht. Das wünscht auch die Arbeitererschaft.

Arbeitgeberyndizi und Gewerkschaften

Die „Lonindustriezeitung“ bringt in Nr. 44 unter der Ueberschrift „Sozialpolitische Tagesfragen“ einen Leitartikel des bekannten Syndikus Dr. Heck in Köln von der feuerfesten Industrie. Derselbe schreibt über die Gewerkschaften wörtlich folgendes:

„Außer dem Druck eines großen Arbeitslosenheeres beeinflussten das Leben der Gewerkschaften mannigfache soziale, wirtschaftliche und innergewerkschaftliche Probleme. Die gestiegene Bedeutung und der größere Einfluß der Gewerkschaften ist auf allen Gebieten augenfällig. — Allein im verfloffenen Jahre ist die innere Festigkeit, die innere Geschlossenheit der Gewerkschaften sehr gewachsen. Der Mitgliederbestand hat zugenommen und die Vermögensbestände der einzelnen Gewerkschaften sind zum Teil erheblich gestiegen. Die Konzentration der Gewerkschaften machte weitere Fortschritte. Es gelang ihnen, trotz des ungeheuren Druckes auf dem Arbeitsmarkte, eine allgemeine Lohnsenkung zu verhindern. In der Arbeitszeitfrage konnte sie trotz der Krise erheblichen Boden zurückgewinnen.“

Schade, daß Herr Syndikus Heck ein weißer Kabe unter seinen Kollegen ist. Es wäre gut, wenn alle unorganisierten Arbeiter die Ausführungen dieses Herrn sich einmal gründlich durchläsen und ihre Konsequenzen daraus zögen.

Ergebnisse des Arbedkonzerns

Der Arbedkonzern, die Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen ist neben den Vereinigten Stahlwerken der größte Eisen- und Stahlfabrik Europas. Sein Präsident Mayrisch ist Präsident der internationalen Rohstahlgemeinschaft. Von den drei Werken wurden 1926 erzeugt: Koks 520 342 To., Roheisen 2 019 801 To., Rohstahl 1 965 553 To., Walzwerkserzeugnisse 1 610 680 To. Die jährliche Erzeugungsfähigkeit der Arbed einschl. der Terres-Rouges-Werke beträgt: Koks 575 000 To., Roheisen 2 920 000 To., Rohstahl 2 010 000 To., Walzwerkserzeugnisse 2 430 000 To. In diesen Zahlen ist der Eschweiler Bergwerksverein noch nicht berücksichtigt, der 1926 an Koks 722 000 To., an Steinkohlen

3 260 000 To., an Preßkohlen 138 000 To. erzeugte und noch große Mengen von Hüttenfabrikate herstellte. Von den weiteren Beteiligungen interessiert hauptsächlich ein mehr als 50proz. Anteil an der Felten u. Guillaume Carlswerk A.-G. in Köln-Mülheim. Mit dieser Gesellschaft wurde ein Lieferungsvertrag abgeschlossen, der dem Arbed-Terres-Rouges-Konzern den jährlichen Absatz von 45 bis 90 000 To. Halbzeug, Stabeisen und Walzdraht sichert. In Deutschland bestehen ferner Interessen an der Stein- und Ton-Gesellschaft Brohlthal im Bezirk Koblenz (das Aktienkapital von 1,5 Mill. Mark ist im Besitz der Arbed) und an den Ribbertwerken, die in der Umgebung von Köln Braunkohlengruben betreiben. Die übrigen Beteiligungsinteressen liegen in Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, Brasilien und Argentinien. Der Geschäftsgang der Arbed war im laufenden Jahr sehr zufriedenstellend. Die Aussichten werden als weiter günstig bezeichnet. Einschließlich der Gesellschaften, mit denen die Arbed durch Interessengemeinschaft oder überwiegende Beteiligung verbunden ist, beschäftigt die Gruppe zur Zeit etwa 6100 Angestellte und 63 000 Arbeiter.

Oeffentliche Aufträge als Mittel der Konjunkturpolitik

Dem Reichswirtschaftsrat liegt ein Antrag vor, der die Reichsregierung auffordert, im Einvernehmen mit der Reichsbahngesellschaft und der Post sowie den Länderregierungen und Gemeindevertretungen dafür Sorge zu tragen, daß künftighin die Auftragsverteilung der öffentlichen Hand von Zentralen aus nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten dirigiert wird. Dieser Antrag bietet eine wertvolle Anregung von grundsätzlicher Bedeutung. Befordert wird, offenbar in Anlehnung an die Grundgedanken des Arbeitsbeschaffungsprogramms, die Verwendung von Aufträgen der öffentlichen Hand als Mittel der Konjunkturpolitik. Der Umfang dieser Aufträge dürfte sich unter Ausschluß des halböffentlichen Wohnungsbaus auf mindestens 3 Milliarden Mark, unter Einfluß des Wohnungsbaus auf mindestens 5 Milliarden Mark jährlich belaufen. Dabei handelt es sich zum Teil um unaufschiebbare Aufträge; zu einem Teil aber dürfte es sehr wohl möglich sein, geplante Arbeiten in die Zeit der Stagnation zu verlegen und so einerseits bei günstiger Wirtschaftslage dämpfend, bei ungünstiger Wirtschaftslage belebend auf den Gang der Wirtschaft einzuwirken. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, schreibt dazu mit Recht das „Magazin der Wirtschaft“, daß solche Gedankengänge jetzt an Einfluß gewinnen, daß man insbesondere einseht, daß die „Arbeitsbeschaffung“ im Sinne der großen Aktion des Vorjahres allein nicht ausreicht, sondern daß sie ihre Ergänzung in der „Arbeitsverschlebung“ in Zeiten guter Konjunktur fordert. Es dürfte kaum bestritten werden, daß z. B. gegenwärtig seitens der öffentlichen Hand durchaus nicht die erwünschte Zurückhaltung in der Auftragsverteilung geübt wird. Während die deutschen Werften reichlich mit Aufträgen versehen sind, werden Aufträge auf Kriegsschiffe erteilt. Während die Walzwerke bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt waren, hatten sie für die Reichsbahn Schienen zu walzen, die erst 1928 verlegt werden sollen. Während die Bautätigkeit voll im Gang ist, werden umfangreiche öffentliche Bauten ausgesetzt, die notfalls auch im nächsten Jahr erstellt werden könnten. Diese Beispiele aus der Gegenwart zeigen, daß eine planmäßige Auftragspolitik der öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen von großem Nutzen sein könnte. Ob es freilich möglich sein wird, bei der großen Zahl der in Frage kommenden Auftraggeber das Ziel des vorliegenden Antrags zu erreichen, ist zweifelhaft. Jedoch sollten wenigstens Reich, Reichsbahn und Reichspost schon jetzt planmäßig Konjunkturpolitik bei der Erteilung ihrer Aufträge treiben.

Oliver Twist

Von Charles Dickens.

VIII.

Der Jude legte die Uhr wieder in die Schachtel, nahm mehrere andere und dann Ringe, Armbänder und viele Kostbarkeiten heraus, deren Name oder Gebrauch Oliver nicht mal kannte und beäugelte sie mit gleichem Vergnügen. Hierauf legte er ein sehr kleines Geschmeide in seine flache Hand und schien lange bemüht, zu lesen, was darin eingegraben sein mochte. Endlich ließ er es, wie am Erfolge verzweifelnd, wieder in die Schachtel hineinfallen, lehnte sich zurück und murmelte: „Was es doch ist für 'ne hübsche Sache ums Hängen! Tote bereuen nicht — bringen ans Licht keine dumme Geschichten. Selbst die Aussicht auf den Galgen macht sie leicht und dreist. 's ist sehr schön fürs Geschäft. Fünf aufgehangen in einer Reihe, und keiner übrig zu teilen mit mir oder zu lehmen.“

Er blickte auf, seine schwarzen stehenden Augen begegneten Oliver's Blicken, die in stummer Neugier auf ihn geheftet waren, und er gewahrte sogleich, daß er beobachtet worden war. Er drückte die Schachtel zu, griff nach einem auf dem Tische liegenden Messer und sprang wütend und am ganzen Leibe zitternd auf.

„Was ist das?“ rief er. „Warum passst du mit auf? Warum bist du wach? Was hast du gesehen? Sprich, Bube — sprich, sprich, so lieb dir dein Leben ist!“

„Ich konnte nicht mehr schlafen,“ erwiderte Oliver bestürzt. „Es tut mir sehr leid, wenn ich Sie gestört habe, Sir.“

„Hast du nicht schon seit einer Stunde gewacht?“ fragte der Jude, Oliver finster anblickend.

„Nein, Sir — nein, wahrlich nicht,“ sagte Oliver.

„Ist's auch wahr?“ rief der Jude mit noch drohenderen Gebärden.

„Auf mein Wort, Sir,“ versicherte Oliver.

„Schon gut, schon gut,“ fuhr der Jude, auf einmal sein gewöhnliches Wesen wieder annehmend, fort. „Ich weiß es wohl — wollte dich nur erschrecken — auf die Probe stellen. Du bist ein wackerer Junge, Oliver.“ Er rieb sich lichernd die Hände, blickte jedoch unruhig nach der Schachtel hin. „Hast du gesehen die hübschen Sachen?“ fragte er nach einigem Stillschweigen.

„Ja, Sir.“

„Ah!“ rief erbläsend der Jude aus. „Sie — sind mein Eigentum, Oliver; mein kleines Eigentum — alles, was ich besitze für meine alten Tage. Man schilt mich einen Geizhals — aber ich muß doch leben.“

Oliver dachte, der alte Herr müsse wirklich ein Geizhals sein, denn er würde sonst nicht, obgleich im Besitze solcher Schätze, so erbärmlich wohnen. Indes meinte er, seine Liebe zu Jack und den anderen Knaben möchte ihm wohl viel Geld kosten. Er fragte schüchtern, ob er aufstehen dürfe. Der Jude hieß ihn Wasser zum Waschen aus dem dastehenden Steintruge holen, und als Oliver es geschöpft hatte und sich umdrehte, war die Schachtel verschwunden.

Er hatte sich kaum gewaschen, als der Baldowere neben einem der Knaben eintrat, die Oliver am vorigen Abend hatte rauchen sehen. Jack stellte ihm seinen Begleiter, Charley Bates, förmlich vor, und alle vier setzten sich zum Frühstück, das Jack in seinem Hute mitgebracht hatte.

„Ich hoffe, daß ihr heute morgen gearbeitet habt,“ sagte der Jude zu Jack, nach Oliver blinzeln.

„Lüchsig,“ lautete die Antwort.

„Wie Drescher!“ setzte Charley Bates hinzu.

„Ah, ihr seid gute Jungen! Was hast du mitgebracht, Baldowere?“

Aus den Betrieben

Mit 35 Jahren „altes Eisen“

Nerven und Arbeitskraft werden in unserer rationalisierten Wirtschaft schneller verbraucht, als das früher der Fall war. Aber daß man bereits mit 35 Jahren wo doch eigentlich erst die besten Jahre gesetzten Schaffens beginnen, nicht mehr arbeitsfähig sein soll, das erscheint dem normalen Zeitgenossen so unfassbar, daß er den Kopf schüttelt, zumal wenn er bedenkt, daß verantwortliche Stellen im Staat, im öffentlichen Leben, in der Wirtschaft usw. nur mit älteren Jahrgängen besetzt werden. Ist doch das mindeste Alter der Reichsarbeitsrichter noch unlängst auf 35 Jahre festgelegt worden. Um so merkwürdiger also, wenn der Arbeitnehmer, der 35 Jahre alt wurde, nicht mehr leistungsfähig sein soll. Aber die Wirtschaft und ihre Sachwalter gehen manchmal kuriose Wege, und es blieb den Berliner Unternehmern vorbehalten, die Tätigkeit der Arbeitnehmer mit 35 Jahren abzuschließen. Einer, der es wissen muß, nämlich ein Beamter des Landesarbeitsamts Berlin, teilt in einer großen Berliner Zeitung darüber folgendes mit: „Die Berliner Großbetriebe lehnen es ganz allgemein ab, Arbeitskräfte einzustellen, die über 35 Jahre alt sind. Sie bevorzugen ferner weibliche Arbeitskräfte, vielleicht, weil sie billiger sind, vielleicht auch, weil Frauen anspruchsloser und anpassungsfähiger sind. Die Zahl der vergeblich Arbeit Suchenden im Alter zwischen 35 und 50 Jahren, die dem Landesarbeitsamt bekannt sind, beträgt schätzungsweise 8000. Es besteht sehr wenig Aussicht, diesen Leuten irgendwie zu helfen, wenn nicht die Unternehmer ihre Anschauungen in bezug auf das Alter ihrer Angestellten ändern.“

Furchtbar der Gedanke, mit 35 Jahren allenthalben abgewiesen zu werden. Aber da sich der krankhafte Gedanke der Minderleistungsfähigkeit der über 35jährigen bei den Unternehmern einmal festgesetzt hat, muß der weitgehendste Schutz älterer Arbeiter und Angestellten bis zu 35 Jahren heruntersetzt werden. Jedenfalls muß hier schleunigst etwas geschehen, wenn nicht wertvollste Energien verlorengehen oder in falsche destruktive Kanäle abgeleitet werden sollen.

Die Arbeitszeiffrage

„Und nun sitze ich auf meinem Berge, der Sturm heult. Und meine Stube ist fremd und kalt. In der Zeitung lese ich, daß Streit ist unter den Menschen um die Dauer der Arbeitszeit. Streit, wieviel Stunden am Tage ihr Glück wahren soll. Wie merkwürdig mich das ammiert. Die Menschen sind uneinig, wie lange ihr Glück dauern soll? Mein Vater und meine Mutter, das ist mir gerade jetzt deutlich wie nie, standen im Joch dieser Arbeit, den langen Tag und oft tief in die Nacht hinein. Sie kannten nicht Arbeitsstunden und Feierstunden. Denn ihr Werk war schwer, und da niemand es für sie tat, mußten sie es selber tun. Aber sie klagten nie. Sie waren freundliche, zufriedene Leute und als sie alt wurden und ruhen mußten, da sprachen sie: „Wie schön war es damals, als der Tag noch keinen Abend hatte!“

So kann man in der Zeitschrift „Das Werk“, Nr. 5 (Mai 1927), welche allmonatlich von den Vereinigten Stahlwerken den Arbeitern zum Preise von 0,50 M angeboten wird, lesen. Diese Gedanken geschrieben in dem Artikel „Arbeit“ von Ernst Zahn, sollten der Industrie wohl dazu dienen, bei den Arbeitern den Gedanken auf Arbeitszeitverkürzung zurück-

zudrängen. Man wird wenig Glück damit haben. Die heutige Zeit verlangt gebieterisch eine Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Volksgesundheit. Auch sind die Verhältnisse andere geworden. Die Zeiten, wo der Lehrling und Geselle anerkannt als Gehilfe des Meisters und als Glied des Standes, geachtet als Mensch, froh und stolz das Werk seiner Hände erstehen sah, sind dahin. — Den Gewerkschaften gelang es nun ab 8. 8. 27 eine Arbeitszeitverkürzung zu erringen. Daß das Untermertum sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, ist selbstverständlich und wird nicht übel genommen. Interessant ist, auf welche Mittel und Wege man dabei verfällt.

Bei der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim-Ruhr galt seit dem Berliner Abkommen von 1923 für die Gießereien und mechanischen Werkstätten die Arbeitszeit für die weiterverarbeitende Industrie von anfänglich 57½ und später 56 Stunden pro Woche. Durch den Schiedspruch vom 20. 7. 27 wurde bekanntlich die wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden vorläufig auf 54 Stunden und ab 3. 10. 27 auf 52 Stunden in der Woche verkürzt. Wenn die Belegschaft nun aber glaubte, ihre Arbeitszeit würde verkürzt, so sah sie sich bald bitter getäuscht. In den Verhandlungen erlärte die Werksleitung den Vertretern des Betriebsrates, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht in Frage käme, sondern man im Gegenteil als reines Hüttenwerk berechtigt sei, dieselbe um eine Stunde zu verlängern. Man wolle es aber vorläufig bei der alten Arbeitszeit von 56 Stunden belassen. Kurzerhand gab man dieses durch Anschlag der Belegschaft bekannt.

Herr Oberingenieur Arnhold, welcher mit vieler Mühe und zäherm Fleiße versucht, durch die Werkszeitungen das Gefühl und den Gedanken der Werksgemeinschaft und Werksverbundenheit in der Arbeiterschaft zu fördern, wird erkennen müssen, daß durch solche Maßnahmen seinen Ideen direkt entgegen gearbeitet wird.

Die Arbeiterschaft des Werkes aber wird nun endlich erkennen müssen, daß nur ein restloser Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, insbesondere an unseren Christlichen Metallarbeiterverband, hier Wandel schaffen kann.

Weitere Arbeitszeitregelungen

in der Kölner Metallindustrie

Es scheint fast, als ob die Arbeitgeber in der Kölner Metallindustrie aus dem großen Kampf um die Arbeitszeit einiges gelernt haben. Am 4. 8. 27 wurde bezügl. der Arbeitszeit mit dem Arbeitgeberverband der Blech- und Metallwarenfabriken von Köln und Umgebung nachstehende Vereinbarung getroffen:

Ueber die Neuregelung der Arbeitszeit für die Zeit ab 25. August 27 wurde zwischen den Tarifparteien folgendes vereinbart:

1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden im Sinne des § 1 der Arbeitszeitverordnung.
2. Ueberstunden sind gestattet, wenn sie zur Instandhaltung der Betriebseinrichtungen zwecks Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes oder zur Verhütung der Unterbrechung eines Arbeitsprozesses notwendig sind. Werden Ueberstunden aus anderen Gründen erforderlich, so bedürfen sie der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung.

Der Zuschlag für die 1. täglich geleistete Ueberstunde beträgt 15 Proz., für die 2 und 3. täglich geleistete Ueberstunde 25 Proz., für jede weitere

„Ein paar Briestaschen.“ erwiderte Jack und reichte ihm eine rote und eine grüne hin.

Der Jude öffnete beide und durchsuchte sie mit bebender Begier. „Nicht so schwer, als sie sein könnten,“ bemerkte er; „aber doch artige Arbeit. recht artige Arbeit — nicht wahr, Oliver?“

„Ja wahrlich, Sir,“ antwortete Oliver, worüber Charley Bates, zur großen Verwunderung Olivers, laut zu lachen anfing.

„Was hast du denn mitgebracht, Charley?“ fragte der Jude.

„Ehneichen.“ erwiderte Master Bates und wies vier Taschentücher vor

Der Jude nahm sie in genauen Angenischein.

„Sie sind sehr gut.“ jagte er; du hast sie aber nicht gezeichnet gut; die Buchstaben müssen wieder ausgelöst werden, und das soll Oliver lernen. Willst du Oliver?“

„Wenn Sie es befehlen gern, Sir,“ war Olivers Antwort.

„Möchtest du mir wohl ebensolche leicht Taschentücher anschaffen können, wie Charley?“

„Warum nicht — wenn Sie es mich lehren wollen, Sir?“

Charley brach abermals in ein schallendes Gelächter aus und wäre dabei fast erstickt, da er eben einen Bissen zum Munde geführt hatte. „Er ist gar zu allerliebste grün!“ rief er endlich, gleichsam zur Entschuldigung seines unhöflichen Benehmens aus.

Der Baldowerer bemerkte, Oliver würde seiner Zeit schon alles lernen. Der Jude sah Oliver die Farbe wechseln und lenkte das Gespräch auf einen andern Gegenstand. Er fragte, ob viele Zuschauer bei der Hinrichtung gewesen wären, und Olivers Erstaunen wuchs immer mehr, denn aus den Antworten Jacks und Charleys ging hervor, daß sie beide zugegen gewesen waren, und es war ihm unerklärlich, wie sie dessenungeachtet so fleißig hatten arbeiten können.

Als das Frühstück beendet war, spielten der muntere alte Herr und die beiden Knaben ein äußerst sonderbares und ungewöhnliches Spiel. Der alte Herr steckte eine Dose, eine Briestasche und eine Uhr in seine Taschen eine Brustnadel in sein Hemde, hing eine Uhrkette um den Hals, knöpfte den Rock dicht zu, ging auf und ab, blieb bisweilen stehen, als wenn er in einen Laden hineinsähe, blickte beständig umher, als wenn er Furcht vor Dieben hegte, befühlte seine Taschen, wie um sich zu überzeugen, ob er auch nichts verloren hätte, und machte das alles so spasshaft und natürlich, daß Oliver lachte bis ihm die Tränen über die Wangen hinabriesen. Die beiden Knaben verfolgten unterdes den Alten und eifrigsten Behendigkeit. Endlich trat ihm der Baldowerer wie zufällig auf die Fehen, während Charley Bates von hinten gegen ihn anrannte, und sie entwendeten ihm dabei Taschentuch, Uhr, Brustnadel u. s. f. so geschickt, daß Oliver kaum ihren Bewegungen zu folgen vermochte. Fühlte der alte Herr eine Hand in einer seiner Taschen, so war der Dieb gefangen, und das Spiel fing von vorn wieder an.

Es war mehreremal durchgespielt, als zwei junge Damen erschienen, um die jungen Herren zu besuchen. Die eine hieß Betty, die andere Nancy. Ihr Haar war nicht in der genauesten Ordnung, ihre Schuhe und Strümpfe schienen nicht im besten Zustande zu sein. Sie waren vielleicht nicht eigentlich schön, hatten aber viel Farbe und ein kräftiges, munteres Aussehen. Ihre Manieren waren sehr gut und angenehm, und so meinte Oliver, daß sie sehr artige Mädchen wären, was sie auch ohne Zweifel waren.

Sie blieben lange. Es wurden geistige Getränke gebracht, da die jungen Damen über innerliche Kälte klagten, und die munterste Unterhaltung entspann sich. Endlich erinnerte sich Charles Bates, daß es Zeit sei, auszugehen. Der gute alte Herr gab ihm und dem Baldowerer per-

Ueberstunde 50 Proz. auf den Durchschnittsverdienst des laufenden Lohnabschnitts.

Soweit durch diese Neuregelung der Arbeitszeit eine Verminderung der bisherigen regelmäßigen Arbeitszeit eintritt, erhalten die qualifizierten Facharbeiter eine Zulage bis zum Durchschnittsakkordmehrverdienst der Akkordarbeiter.

Unter der gleichen Voraussetzung einer Verminderung der Arbeitszeit erhalten die Hilfsarbeiter über 21 Jahre eine Zulage von 3 Pfg. von 18 bis 21 Jahren eine Zulage von 2 Pfg., unter 18 Jahren eine Zulage von 1 Pfg. pro Stunde. Für die Zeit vom 1. 7. bis 24. 8. 27 gelten in den Betrieben, in denen in dieser Zeit Mehrarbeit über 48 Stunden wöchentlich in Anspruch genommen worden ist, bzw. werden wird, die gleichen oben festgesetzten Zuschläge, soweit nicht eine Lohnabrechnung ohne Widerspruch der Arbeiterschaft erfolgt ist.

Diese Vereinbarung ist ein großer Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit. Der achtstündige Arbeitstag, resp. die 48stündige Arbeitswoche ist für alle Betriebe festgelegt. Das bedeutet eine Arbeitszeitverkürzung von 6 Stunden pro Woche.

Die Ueberstundenfrage ist genau geregelt und dürfen nur unter ganz bestimmten Umständen solche geleistet werden. Sind Ueberstunden aus andern Gründen erforderlich, so bedürfen sie der „Zustimmung“ der gesetzlichen Betriebsvertretung.

Eine gute Regelung ist auch für die Zuschläge getroffen worden bei den Stunden, die über die täglich regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet werden. Für die 50. und 51. Stunde gibt es schon 25 Proz. und für jede weitere Stunde 50 Proz. Ueberstundenzuschlag.

Außer diesen Zuschlägen ist für alle Arbeiter ein fester Lohnausgleich festgelegt worden. Die Facharbeiter erhalten den Durchschnitt der Akkordspitzenverdienste (Durchschnittsakkordmehrverdienst), während die Hilfsarbeiter über 21 Jahre 3 Pfg., von 18—21 Jahre 2 Pfg. und unter 18 Jahren 1 Pfg. pro Stunde Lohnausgleich erhalten.

Das ist ein Erfolg, wie er in keiner Industrie in Deutschland bisher zu verzeichnen war.

Die Kölner Metallarbeiterschaft wird in der kommenden Zeit an dem Ausbau des christl. M.-A.-V. arbeiten müssen, um auf der ganzen Linie das zu sichern und festzustellen, was bei der Blechindustrie erreicht wurde. Nur mit Hilfe des christl. Metallarbeiterverbandes geht die Arbeiterschaft von Erfolg zu Erfolg. Tr.

Wochenlohnung oder Dekadenlohnung

Da in letzter Zeit vereinzelt in Betrieben des Siegerländer Wirtschaftsgebietes versucht wird, Dekadenlohnung einzuführen und es dabei zu unliebsamen Erörterungen zwischen Werkleitung und Belegschaft gekommen ist, dürfte es von Interesse sein, das Für und Wider der verschiedenen Lohnzahlungsarten sachlich und unparteiisch zu erörtern.

Neben täglicher Auszahlung kann man 4 Arten von Lohnzahlungen unterscheiden: 1. Wochenlohnung, 2. Dekadenlohnung, 3. Halbmonatslohnung, 4. Monatslohnung.

1. Die Wochenlohnung mit vollständiger Wochenabrechnung ist zweifellos die Lohnungsart, die den Wünschen der Arbeiter in hiesiger Gegend am ehesten entspricht und ist sanktioniert in den meisten Arbeitsordnungen. Sie hat den Nachteil des Uebergreifens bei Monatsabschlüssen in 2 verschiedene Lohnperioden.

2. Die Dekadenlohnung widerspricht wohl den meisten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer vereinbarten Arbeitsordnungen. Sie steht im Gegensatz zur Alters- und Invalidenversicherung, deren Beiträge wöchentlich abzuhalten sind. Sie steht nicht im Einklang mit der Lohnsteuerperiode, und ist nicht zu vereinkaren mit den Beitragsbestimmungen

der Erwerbslosenfürsorge. Sie steht im Widerspruch mit den Wünschen der gesamten Arbeiterschaft, welche aus vielen triftigen Gründen und mit Recht die Lohnauszahlung am Wochenende wünscht, beizubehalten. Alle Zeit-Uhren-Kontrollapparate sind nicht für Dekadenzeitabschnitte eingerichtet, wie wohl überhaupt kein Volk eine Dekadenzeitrechnung kennt. Wenn bei Militärs in Dekaden gelöhnt wird oder wurde, so war wohl der einzige Grund hierzu der feststehende Satz, der bei Zehner-Rechnung keine Pfennige ergibt. Die Dekadenlohnung hat für das Werk den Vorteil, daß der Monat bei ihrer Anwendung glatt abgeschlossen werden kann, Vorteile bringt also diese Dekadenlohnung dem Lohn- und Gehaltsempfänger nicht, sondern nur Nachteile. Nur dann, wenn mit der Dekadenlohnung eine rotägige Vorauszahlung (vielleicht abschlagsweise) erfolgte, hätte der Arbeiter Genug davon. Aber zu solchem Entgegenkommen ist das heutige Unternehmertum nicht zu haben. Der frühere preussische Staat zahlte dem Vaterlandsverteidiger seine Dekadenlohnung im Voraus; das Unternehmertum will aber allergnädigst diese Sache entgegengekehrt machen.

3. Die Halbmonatslohnung mit wöchentlicher Abschlagszahlung und zweimaliger Verrechnung im Monat entspräche schon viel eher den Wünschen der Arbeiterschaft als die Dekadenlohnung, vor allen Dingen hat der Arbeiter an jedem Wochenende Geld zu erhalten, worauf nun einmal Arbeiterhaushalte und auch das ganze Lebensmittelgewerbe eingestellt sind. Für die Werke birgt diese Lohnungsmethode bedeutend mehr Vorteile wie die Dekadenlohnung da sie die Verwaltungskosten um etwa die Hälfte verringert. Das Eintragen der Abschlagszahlungen für 2 Wochen erfordert etwa ein Fünftel an Arbeit einer kompletten Dekadenlohnung mit ihrem Vorschreiben von Namen, Artikel Preise, Verrechnungen und vielem Sonstigem, welches bei Dekadenlohnung im Monat dreimal gemacht werden muß, während dies bei Halbmonatslohnung nur zweimal erforderlich ist.

4. Die Monatslohnung mit 3 Wochenabschlagszahlungen ist für solche Werke, die es sich erlauben können, das Erstrebenwerteste, da sie von aller Arten die geringsten Verwaltungskosten erfordert, doch wird für die Akkord-Lohnempfänger bei der Menge und Vielseitigkeit der Artikel und der Zusammenfassung eines so großen Zeitraumes die Kontrolle erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Zusammenfassend ist dazu zu sagen:

1. Wochenlohnung ist fast überall durch Arbeitsordnungen festgelegt und es ist der Wunsch der Arbeiter, wo sie besteht, dieselbe beizubehalten. Der Nachteil betreffs Monatsabschluss könnte behoben werden durch kleine Formularänderung und Uebernahme des kleinsten Bruchteils der geteilten Woche bei Monatsende zu einer nebenstehenden.

2. Die Dekadenlohnung ist eine unzeitgemäße Mißgeburt, die vom Standpunkt des denkenden und rechnenden Arbeiters und Kaufmanns aus unbedingt verworfen werden muß.

3. Die Halbmonatslohnung mit wöchentlicher Vorschusszahlung wäre schon eher geeignet, an Stelle der seitherigen Wochenlohnung mit Wochenabrechnung zu treten, wenn wirklich an dieser Stelle gespart werden muß. Sie käme den Wünschen der Arbeiter in jeder Hinsicht viel näher als die Dekadenlohnung.

4. Die Monatslohnung käme wohl nur da in Frage, wo Artikel und Akkordsystem für so lange Zeit genügend Uebersicht gestattet und dem Arbeiter die Kontrolle über seine geleistete Arbeit nicht erschwert.

Man soll doch auch dem Arbeiter in der heutigen Zeit das ohnehin überbezahlte Leben durch solche unpraktischen Methoden nicht frivolerweise erschweren. Die wöchentliche Lohnzahlung hat sich seither bewährt und allgemeine beiderseitige Befriedigung erzielt. Warum soll das nun fernerhin nicht mehr möglich sein? Die heimische bodenständige Arbeiterschaft hat ein moralisches Recht, diesbezüglich wohlwollendes Entgegenkommen zu fordern und sieht dieses vor allem in der Beibehaltung der derzeitigen Entlohnungsmethode.

chiedene Anweisungen und Geld zum Ausgeben, worauf sie sich nebst Betty und Nancy entfernten.

„Ist's nicht ein angenehmes Leben, das meine Knaben führen?“ sagte Jagin.

„Sind sie denn auf Arbeit ausgegangen?“ fragte Oliver.

„Allerdings,“ erwiderte der Jude; „und sie arbeiten den ganzen Tag unverdrossen, wenn sie nicht werden gestört. Nimm sie dir zum Muster, mein Kind; tu' alles, was sie dir heißen; und folg' jederzeit ihrem Rat, besonders dem des Baldowerers. Er wird werden ein großer Mann und auch aus dir machen 'nen großen Mann, wenn du dir ihn zum Vorbilde nimmst. Hängt mein Taschentuch aus der Tasche, mein Lieber?“

„Ja, Sir,“ sagte Oliver.

„So sieh' einmal zu, ob du es herausziehen kannst, ohne daß ich's fühle, wie du's vorhin gesehen hast von den beiden.“

Oliver erinnerte sich genau, wie er es Jaak hatte tun sehen und tat es ihm nach.

„Ist's heraus?“

„Hier ist es, Sir.“

„Du bist ein kluger Knabe,“ sagte der alte Herr, ihm die Wangen klopfend; „ich habe niemals gesehen ein ansehnlicheres Kind. Da hast du 'nen Schilling. Fahrst du so fort, so wirst du werden der größte Mann deiner Zeit. Doch will ich dir jetzt zeigen, wie man herauslöst die Buchstaben.“

Oliver konnte gar nicht begreifen, wie er ein großer Mann dadurch werden könne, daß er dem alten Herrn das Tuch aus der Tasche zöge, meinte jedoch, daß es der so viel ältere besser wissen müsse, als er, und war bald eifrig mit seinen neuen Studien beschäftigt.

Oliver blieb acht bis zehn Tage im Zimmer des Juden, wurde fortwährend beschäftigt, Zeichen aus Taschentüchern, von denen eine große

Menge nach Hause gebracht wurde, herauszutrennen, und nahm bisweilen an dem beschriebenen Spiele teil, das täglich gespielt wurde. Er fing immer mehr an, sich nach frischer Luft zu sehnen und bat den alten Herrn mehrmals auf das dringendste, ihn mit seinen beiden Kameraden zum Arbeiten ausgehen zu lassen.

Endlich wurde ihm eines Morgens die Erlaubnis erteilt, unter Jaak und Charleys Aufsicht auszugehen. Es waren keine Taschentücher mehr da, an denen Oliver hätte arbeiten können, und vielleicht war dies der Grund, weshalb der alte Herr seine Zustimmung gab. Die Knaben gingen und gerieten sogleich in ein sehr langsames Schlendern, was Oliver höchst mißbilligte, eingedenk der vielfachen Warnungen des alten Herrn vor dem verderblichen Müßiggange. Der Baldowerer verübte mannigfachen Mutwillen an Knaben, und Charley erlaubte sich sogar, die Heiligkeit des Eigentums zu verletzen, wenn er an einem Apfel- oder Zwiebelkorbe vorüber kam. Oliver war daher schon im Begriff, unwillig heimzukehren, als seine Begleiter auf einmal anfangen, sich äußerst geheimnisvoll zu benehmen, wodurch er von seinem Vorhaben abgelenkt wurde.

Sie umschlichen einen alten Herrn, auf den sie ihn aufmerksam gemacht hatten, ohne seine Fragen anders als durch einige ihm unverständliche Worte und Winke zu beantworten. Er hielt sich einige Schritte hinter ihnen und stand endlich, un schlüssig, ob er weitergehen oder sich zurückziehen sollte, verwundert zuschauend da.

Der alte Herr sah sehr respektabel aus, trug Puder in den Haaren und eine goldene Brille. Er hatte sich vor einen Bücherladen hingestellt, ein Buch zur Hand genommen, las darin, sein spanisches Rohr unter dem linken Arme, und hörte und sah offenbar nicht was um ihn her vorging.

Wer beschreibt Olivers Bestürzung, als der Baldowerer dem alten Herrn das Tuch aus der Tasche zog, es Charley Bates reichte, und als darauf beide spornstreichs davon liefen! Im Augenblick war ihm das

Verbandsgebiet

Deutsch-Oberschlesien. Eine außerordentliche Bezirksvertrauensmännerversammlung hielt der Christliche Metallarbeiterverband Deutschlands in Hindenburg, am Sonntag, den 31. Juli d. Js. ab. Verbandssekretär Heinrich Kreis-Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, sprach über das Thema: „Reichswirtschaftsrat und Reichsarbeitsministerium zum Achtstundentag der Hüttenarbeiterschaft“, die lebhaftesten Beifall fand und eine ausgiebige Aussprache auslöste.

Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

Die am Sonntag, den 31. Juli d. Js. in Hindenburg versammelten Vertrauensmänner des Bezirks West-Oberschlesien des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands nehmen den Bericht über den Stand der Arbeitszeitfrage für die Hüttenindustrie zur Kenntnis. Sie bringen ihre Befriedigung über die Bemühungen ihrer Organisation, welche die neue Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli 1927 ermöglichten, zum Ausdruck.

Die Verordnung erfüllt zwar nicht alle berechtigten Forderungen, bedeutet aber trotzdem einen außerordentlichen Erfolg der Tätigkeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Die Bezirksvertrauensmännerversammlung ist sich dessen bewusst, daß für Oberschlesien der Kampf um die Wiedereinführung des Dreischichten-Systems noch nicht beendet ist.

Die Versammlung warnt davor, durch eine Hinausschiebung des Inkrafttretens der Verordnung für die Metallarbeiter Oberschlesiens unerträgliche Ausnahmeverhältnisse zu schaffen und fordert beschleunigte Berücksichtigung ihrer berechtigten Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist notwendig nicht nur aus sozialen und kulturellen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Die durch Anwendung der neuen Arbeitsmethoden sich fortgesetzt steigende, zur Zeit schon zu starke Inanspruchnahme der Arbeitskraft der Arbeiterschaft führt auf die Dauer zu betriebswirtschaftlichen Hemmungen und hat eine wachsende Gefährdung der Volksgesundheit und der gesamtwirtschaftlichen Grundlagen zur Folge.

Die bereits durch die Presse gemeldeten Bemühungen der Unternehmer, eine Verschiebung des Zeitpunktes des Inkrafttretens der Verordnung für Oberschlesien zu erzielen, lassen neue schwere Kämpfe erwarten. Die Bezirksvertrauensmännerversammlung ruft deshalb die ober-schlesische Metallarbeiter-schaft zur Abwehr auf, indem an sie der Ruf ergeht, sich restlos im Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands zu vereinigen. Nur dieser machtvolle Zusammenschluß wird den endgültigen Erfolg verbürgen.

Im weiteren Verlauf der Beratungen erörterte der Leiter der Konferenz, Bezirksvorsitzender C. A. A., wichtige verbandstechnische Fragen. Eine ausgiebige Behandlung fanden auch die ober-schlesischen Werkspensionskassenverhältnisse. Es wurde gefordert, daß auf dem schnellsten Wege gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden, um eine allgemeine Reichsregelung herbeizuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen Schritte unternommen werden zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der ober-schlesischen Werkspensionskassen, da die bisher gezahlten Pensionen in den meisten Fällen völlig unzureichend sind. Hervorgehoben wurde die vorbildliche Einrichtung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, dessen Mitglieder, soweit sie der ersten und zweiten Beitragsklasse angehören, in den Tagen des Alters im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine angemessene Pension entsprechend der Dauer der Mitgliedschaft erhalten.

Am Schluß stellte der Vorsitzende fest, daß die Veranstaltung ihren Zweck voll erreicht habe. Die Vertrauensmänner haben nun die Verantwortung dafür daß der Christliche Metallarbeiterverband in Deutsch-Oberschlesien in den nächsten Wochen eine weitere Ausbreitung größten Umfangs findet, damit sich die guten Aussichten für den Erfolg der Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit baldmöglichst verwirklichen lassen. Mit einem begeistert aufgenommenen „Hoch“ auf den Christ-

lichen Metallarbeiterverband Deutschlands wurde die in jeder Beziehung befriedigend verlaufene Bezirksvertrauensmännerversammlung geschlossen.

Iserlohn. Am Dienstag, den 26. Juli fand in Iserlohn, in einer Mitgliederversammlung, die Einführung des Kollegen Papenheim von Plettenberg, als Beamter des christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Kollege Steinacker eröffnete die Versammlung und begrüßte die erschienenen Kollegen und hob in kurzen Strichen die Geschichte der Ortsverwaltung Iserlohn hervor. Er betonte, daß die Zahl der Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes in Iserlohn schon 3000 gewesen sei, daß aber der wirtschaftliche Niedergang auch die Gewerkschaften stark angegriffen habe. Seit einigen Monaten hat nun die Organisation auch in Iserlohn wieder einen schönen Aufschwung genommen. Leider aber wäre die Zahl der Mitarbeiter immer noch zu gering und er hoffe, daß das unter der Leitung des Kollegen Papenheim sich recht bald ändern möge. Der Kollege Papenheim sei bis jetzt in Plettenberg und Werdohl tätig gewesen und die dortigen Kollegen sähen ihn sehr ungern scheiden. Das Vertrauen, welches Kollege Papenheim in den dortigen Ortsverwaltungen genossen hatte, mögen ihm auch die Iserlohner Kollegen entgegenbringen. Nachdem Kollege Steinacker die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften kurz dargestellt hatte, forderte er die Metallarbeiter auf, nunmehr kräftig mitzuarbeiten. Wünschenswert wäre, wenn die Metallarbeiter sich einmal auf dem Büro sehen ließen und dem Kollegen Papenheim Mitarbeit zusagten. In Iserlohn ist noch viel zu bessern und die Kollegen mögen vertrauensvoll ihre Anliegen auf dem Gewerkschaftsbüro vorbringen.

Nachdem Kollege Papenheim ebenfalls warme Worte an die Kollegen gerichtet und dieselben zur Mitarbeit aufgefordert hatte, setzte eine rege Aussprache ein. Die Kollegen betonten alle, daß sie sich sehr freuen, daß Iserlohn nunmehr wieder besetzt sei und sie versprachen auch, den Kollegen Papenheim tatkräftig zu unterstützen. Von verschiedenen Seiten wurde hervorgehoben, daß in Iserlohn heute noch an manchen Stellen mehr als 10 Stunden pro Tag gearbeitet wird und hier, sowie auch in der Lohnfrage, müsse kräftig durchgegriffen werden. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß das Büro in der Woche dreimal offen sei, und zwar Dienstags, Donnerstags und Freitag bis abends 9 Uhr.

Die Iserlohner Kollegen werden jetzt zu zeigen haben, ob sie das Büro halten wollen oder nicht. Ein Büro muß unterhalten werden, weshalb die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen sind. Wenn also der dortige Beamte die Mitglieder aufruft zur Mitarbeit, dann sollen sie nicht denken, „das geht mich nichts an“, sondern dann wollen sie bis zum letzten Mann erscheinen, zum Wohle des christlichen Metallarbeiterverbandes und der Ortsverwaltung Iserlohn.

Auch die Iserlohner Kollegen sollen den Spruch beherzigen:
Nicht durch die Schuld der Sterne, lieber Brutus,
durch eigne Schuld nur sind wir Schwächlinge.

Artikelanzeige

Schrotfragen vor dem Enqueteauschuß (Berliner Tageblatt Nr. 315) Stahlwerksverband und freier Eisengroßhandel (Berliner Börsenkurier Nr. 326). Arbeitszeit und Preise in der Eisenindustrie (Berliner Tageblatt Nr. 332). Ringbildung im Maschinenbau (Bosische Zeitung, Berlin, Nr. 168). — Das Bild „Sommerstag“ ist dem sehr empfehlenswerten Kalender „Kunst und Leben“, Heyder, Berlin, entnommen. Auf den Kalender für 1928 machen wir aufmerksam.

Geheimnis der Taschenbücher, Uhren und Kleinodien klar. Das Blut stockte ihm in den Adern, ihm schwindelte vor Furcht und Schrecken, und ohne zu wissen, was er tat, ließ er seinen Kameraden nach so schnell seine Füße ihn tragen mochten. In demselben Augenblicke griff der alte Herr nach seinem Luche in die Tasche vermisste es, drehte sich rasch um, sah Oliver laufen und erhob den Ruf: „Halt den Dieb!“ — den magischen Ruf, auf welchen sofort alles lebendig wird, der Krämer aus seinem Laden auf die Straße stürzte, der Gemüsehändler seinen Korb, der Milchmann seinen Eimer, der Pflasterer seine Kamme, der Schulknabe seine Bücher im Etüchle läßt und alles nachläuft.

Jack und Charley hatten Aufsehen zu vermeiden gewünscht und waren daher nur bis um die nächste Ecke gelaufen, worauf sie sich unter einem Torwege neugierigen Blicken zu entziehen suchten. Sobald sie das Geschrei „Halt den Dieb!“ vernahmen, stürzten sie aus allen Kräften ein und schlossen sich wie gute Bürger den Verfolgern an. Diese Anwendung des großen Naturgesetzes der Selbsterhaltung war Oliver vollkommen neu. Er wurde noch mehr verwirrt und bestürzt und verdoppelte seine Eile, sah sich indes nach einiger Zeit eingeholt und wurde obenem zu Boden geschlagen.

In wenigen Augenblicken war ein zahlreicher Haufen um ihn versammelt. „Drückt ihn doch nicht tot!“ — „Verdient er's besser?“ — „Wo ist der bestohlene Herr?“ — „Da kommt er schon; macht Raum für den Herrn!“ — „Ist dies der Bursch, Er?“ — „Ja!“

Oliver lag da, mit Schmutz bedeckt, blutend aus Nase und Mund und sah betäubt und geärrtet umher.

„Ich fürchte, daß es der Knabe ist,“ sagte der Herr sehr milde.
„Das fürchten Sie? Der ist auch wohl der Rechte.“

„Der arme Kleine hat sich beschädigt,“ fuhr der Herr fort.
„Das hab' ich getan,“ fiel ein vierschrotiger Mensch, hervortretend, ein; „traf ihn gerade mit der Faust auf die Schnauze — ich hab' ihn aufgehalten für Sie, Sir.“

Er zog grinsend den Hut, eine Belohnung seiner Dienstfertigkeit erwartend; allein der alte dicke Herr blickte ihn unwillig an und hätte sich offenbar gern entfernt, wenn sich nicht ein Polizist, der in solchen Fällen gewöhnlich zuletzt kommt, in diesem Augenblick durch die Menge gedrängt und Oliver beim Kragen gepackt hätte.

„Steh auf!“ sagte der Mann barsch.

„Ich bin es wirklich nicht gewesen, Sir, wirklich und wahrhaftig nicht. Es waren zwei andere Knaben,“ sagte Oliver, die Hände bittend zusammenlegend. „Sie müssen hier irgendwo in der Nähe sein.“

„O nein, sie sind nicht hier,“ entgegnete der Beamte. Er meinte dies ironisch, aber es war die volle Wahrheit, denn der Baldomerer und Charley Bates hatten sich längst aus dem Staube gemacht. „Steh auf!“

„Um Sie ihm nichts zuleid,“ sagte der menschenfreundliche Herr.

„O nein, ich werde ihm nichts zuleide tun,“ erwiderte der Polizist, indem er zum Beweise dafür Oliver die Jacke halb vom Rücken riß. „Komm nur; ich kenne dich schon. Willst du mal auf deinen Füßen stehen, verdammter kleiner Strolch!“

Oliver machte einen Versuch, sich zu erheben, konnte sich aber kaum aufrecht erhalten und wurde am Kragen seiner Jacke im Laufschrift durch die Straßen geschleppt. Der alte Herr ging mit und ein immer anwachsender Volkshaufen folgte johlend und lärmend den drei nach der nächsten Polizeiwache.

(Schluß folgt.)

Wirtschaft-Technik

Nummer 14

Duisburg, den 20. August 1927

Nummer 14

Wie findet der Flieger den Weg über den Ozean?

Die glücklichen Ozeanüberflüge der Amerikaner und die nunmehr auch deutscherseits geplanten Flüge haben auch in weiteren Kreisen die Frage auftauchen lassen, wie es überhaupt dem Flieger möglich ist, den Weg über die endlose Wasserwüste zu finden.

Wie dem Seemann, so steht dem Flieger als wichtigstes Hilfsmittel zur Navigation der Kompaß zur Verfügung. Bei unseren heutigen Flugzeugen genügt sogar fast stets ein gewöhnlicher Kompaß, der für Uebersee-Flüge natürlich größeren Rosendurchmesser besitzen muß als für kurze Ueberlandflüge. Der Kreiselkompaß hat sich bisher für Flugzeuge noch nicht einbürgern können, weil er, im normalen Flug zwar einwandfrei arbeitend, sich in seiner heutigen Ausführung in den Kurven noch überschlägt. Solange die Flugzeuge weder Panzerung noch Geschütz an Bord haben, besteht auch noch kein dringendes Bedürfnis für Kreiselkompassse. An sich genügt auch der Magnetkompaß selbst für große Uebersee-Flüge, weil bei den in Betracht kommenden großen Geschwindigkeiten Kompaßfehler nicht so stark ins Gewicht fallen wie bei den verhältnismäßig langen Schiffsreisen.

Um den Kompaß im Flugzeug an Stellen einbauen zu können, an denen er möglichst wenig durch seine Umgebung beeinflusst wird, sind Fernkompassse hergestellt worden. Diese können irgendwo im Flugzeug angebracht werden und übertragen den Kurs mit Hilfe von Leitungen auf ein Zeigersystem im Führerraum. Lindbergh hatte einen derartigen Pioneer-Kompaß verwendet, der im Rumpfe eingebaut war. Das Instrument auf dem Schaltbrett bestand aus einem Skalen-Segment, über das ein Zeiger lief. Ein solches Instrument hat dem gewöhnlichen Kompaß gegenüber den Vorzug größerer Uebersichtlichkeit und entlastet dadurch den Führer. An sich hat sich aber der Fernkompaß trotz seiner Vorzüge noch nicht als unentbehrlich erwiesen. — Die sehr interessante Vorrichtung des Goerzichen Sonnenkompassses dürfte, trotz der damit beim Amundsen-Polarflug gemachten guten Erfahrungen, sich wenigstens solange nicht für Ozeanflüge eignen, als hier peinlich jedes nutzlose Gewicht vermieden werden muß. Denn infolge seiner Abhängigkeit vom Sonnenlicht handelt es sich hier um ein nur unvollkommenes Hilfsmittel. —

Es genügt nun leider nicht, einfach seinen Kompaßkurs, der vor dem Fluge abgelesen wurde, zu fliegen, wie der Laie sich das vielleicht vorstellt, sondern es ist mit mehr oder weniger starken Windverschiebungen zu rechnen, die der Kompaß nicht wiedergibt. Die Feststellung dieser Windabtrift macht aber keine geringen Schwierigkeiten. Die hierzu erforderlichen Geräte sind ebenfalls von besonderer Wichtigkeit.

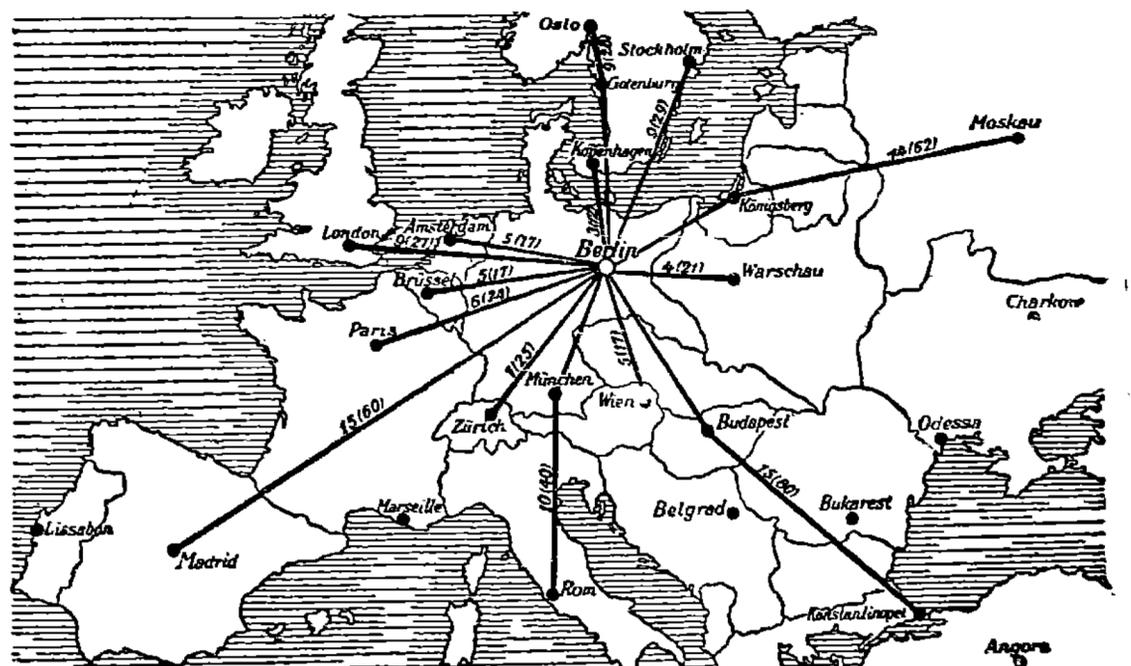
Die vorbildliche Lösung eines Abtriftmessers, der unabhängig von Gegenständen auf der Erde arbeitet, ist bis heute leider noch nicht gefunden worden. Sämtliche Abtriftmesser arbeiten mit Erdsicht. Es gibt verschiedene Windpeilscheiben, bei denen zur Ermittlung der Abtrift und zur Bestimmung der Fahrt über Grund terrestrische Objekte mittels eines Fernrohres angepeilt werden. Schwierigkeiten ergeben sich hier aber einmal dadurch, daß selbst bei windigem Wetter nur aus geringen Höhen von wenigen hundert Metern die Schaumköpfe als Anhalt zur Peilung herangezogen werden können, und weiter dadurch, daß diese Peilfernrohre einen Bodenausschnitt im Flugzeug verlangen. Außerdem ist die Bedienung vom Flugzeugführer, der Hände und Füße nicht von der Steuerung nehmen kann, kaum möglich. Als künstliche Peilobjekte verwendet man besondere Peilbomben, die bei Lage eine gut sichtbare Rauchwolke, bei Nacht eine helle Flamme entwickeln.

Sehr einfach ist der von Lindbergh benutzte, ohne Optik arbeitende Pioneer-Abtriftmesser. Er besteht lediglich aus einem drehbaren Rahmen von etwa 40 Zentimeter Länge, der an der Außenwand des Flugzeuges an einem Zapfen drehbar angebracht wird. Parallel zur Flugzeuglängsachse ist in diesen Rahmen ein Draht eingezogen, an dem man Bodenmarken vorbeilaufen läßt. Bei Abtrift braucht der Rahmen lediglich solange um seinen Zapfen gedreht zu werden, bis die Marken parallel zum Faden laufen. Auf einer Skala kann dann der Abtriftwinkel in Graden abgelesen werden. — Das gleiche Werk hat auch eine Stoppuhr herausgebracht, auf deren Zifferblatt die absolute Geschwindigkeit unmittelbar abgelesen werden kann.

Bekanntlich verwendet der Seemann mit Vorliebe Sextanten. Sie haben auch in der Fliegerei Eingang gefunden, eine Schwierigkeit besteht aber darin, daß der gewöhnliche Marine-Sextant im Fluge meist infolge fehlender Rimm nicht verwendet werden kann. Sehr gute Ergebnisse sind aber mit dem Plath'schen Libellen-Sextanten erzielt worden, mit dem sich bei genügender Uebung hinreichend genaue Ortsbestimmungen auch im Fluge vornehmen lassen. Die Bedingung zweier seitlicher und einer oberen Rumpfoffnung macht bei den heute noch meist üblichen offenen Führerräumen keine Schwierigkeiten.

Ein sehr interessantes Instrument wurde kürzlich von Mengden in Frankreich vorgeführt. Dieser sogenannte Autoestimograph besitzt ein durch einen kleinen Windpropeller bewegtes Luftlog. Dieses regelt über einen Widerstand die Drehzahl eines Elektromotors, durch welchen so die Fluggeschwindigkeit festgestellt wird. Die Flugrichtung führt ein Fernkompaß ein, der mit Selenzellen auch die Drehzahl eines Motors regelt. Richtung und Geschwindigkeit geben dem Flugvektor, der mechanisch in zwei zueinander senkrechte Komponenten parallel zu den Kartencändern zerlegt wird.

Die in der üblichen Weise gemessene Windgeschwindigkeit wird von Hand an dem in Stundenkilometern geeichten Regelwiderstand eines Elektromotors eingestellt, ebenso die Windrichtung an einer Windrose. Hierdurch wird ebenfalls ein Elektromotor geregelt. Die Zerlegung des Windvektors erfolgt dann auch auf mechanischem Wege. Ebenso werden die einzelnen Anteile des Flug- und Windvektors mechanisch zusammengezählt, und die Karte wird entsprechend der einen Teilsumme abgerollt. Entsprechend der anderen Teilsumme wird gleichzeitig ein Schreibstift senkrecht dazu bewegt.



Flugzeug und D-Zug. Die ersten Zahlen sind Flugzeit des Flugzeuges, die eingeklammerten Zahlen Fahrzeiten des D-Zuges.

Bei diesem Apparat wird also die getrennt gemessene Flug- und Windgeschwindigkeit in zwei senkrechte Komponenten mechanisch zerlegt. Dann wird aus deren Summen die zurückgelegte Flugstrecke selbsttätig auf der Karte eingezeichnet. Sicher wird dieses Instrument, falls es sich in der Praxis als genügend genau erweist und nicht zu schwer ist, künftig Bedeutung erlangen. Es stellt vielleicht auch den ersten Schritt zu einer Flugzeugtachometer-Uhr dar, die auch für den Flugschüler als unliebsames, aber unbestechliches Prüfmittel gelten kann. —

Wenn die Ozeanflieger trotz dieser verschiedenen, brauchbaren Instrumente auf die Mitnahme von Segtanten usw. verzichteten, so liegt das wohl daran, daß in beiden Fällen der Flugzeugführer, denn Levine war lediglich unerfahrener Fluggast, navigieren mußte, ohne dabei die Steuerung außer acht lassen zu dürfen. Sie begnügten sich deshalb mit der weniger genauen Kompaßnavigation, zumal sie ja schlecht an Europa vorbei fliegen konnten. Sie kamen zwar glatt herüber, konnten zuvor aber den Punkt, an dem sie Europa berühren würden, nicht genau voraussagen. Lindberg war sich nach seiner Landung nicht einmal ganz klar, ob er in Paris wäre, und Chamberlin hat sich über Europa erheblich ver-

flogen. Man sieht daraus, daß ihre Navigationshilfsmittel nicht lückenlos waren. In der Fachwelt war man daher z. T. auch überrascht, als man erfuhr, mit welcher primitiven Mitteln beide Flieger über den Ozean geflogen waren. Sie konnten das nur wagen, weil sie über viel navigatorische Erfahrungen verfügten, für künftige Verkehrsflüge über See genügt aber der von den Amerikanern erzielte Genauigkeitsgrad keineswegs.

Hier scheint besonders die im Kriege schon in Deutschland entwickelte Funkpeilung das Gegebene zu sein. Bekanntlich war schon das Zeppelin-Luftschiff Z 126 mit einer Funk-Richtungsanlage ausgestattet, bestehend aus einer drehbar aufgehängten Rahmenantenne mit Richtungsfinder und einer Kreuzweise über den Schiffskörper gelegten Drahtanordnung. Auch Franko hat bei seinem Flug von Spanien nach Südamerika Funkpeilung mit Erfolg verwendet. Die Amerikaner verzichteten aber, ebenso wie Rungesser und Goli, auf eine Radiorichtungsanlage, weil ihre Flugzeuge an Brennstoffen schon derart überladen waren, daß sie auch mit dem kleinsten zusätzlichen Gewicht sparen mußten.

Dr.-Ing. Langsdorff.

Humor in der Technik

Das menschliche Gehen und die Technik sind miteinander durch viel mannigfaltigere Wechselbeziehungen verbunden, als man auf den ersten Blick annehmen sollte.

Seit altersher wird die Bewegung des menschlichen Fußes in allerlei technischen Arbeitsprozessen verwendet. Bis in die vorchristliche Zeit reichen die Tretmühlen und Tretscheiben zurück, die nicht nur von Tieren, sondern auch oft von Menschen in Bewegung gesetzt worden sind. Aber auch die Gegenwart bedient sich noch immer der menschlichen Tretbewegung bei ganz primitiven Arbeitsprozessen (Treten der Weintrauben, Krautstampfen u. dgl.), wie zur Betätigung diverser Tretmechanismen für maschinellen Antrieb (Spinnrad, Nähmaschinen, Fußhebel bei Kraftwagen usw.)

Der Humor und die Satire, die namentlich seit dem Beginn des vorigen

Jahrhunderts die mächtige Entwicklung der Technik mit regstem Interesse verfolgen, haben auch zu der Frage der technischen Verwendung der

menschlichen Fußbewegung manche lustigen Ideen beigezeichnet.

Wir sehen, in welcher genial-einfacher Weise der Maler Nazi den neuen Maibaum mit Hilfe seiner gut entwickelten Pedale in einem Arbeitsgange mit zweifacher Farbe anzustreichen versteht. Wir begreifen ferner



Der Reutner „menschenfikt“.

das Behagen des dicken Reutners, der die ihm von ärztlicher Seite so dringend nahegelegte Bewegung dazu benutzt, um sich gleichzeitig durch eine funtreiche Vorrichtung die erwünschte Abkühlung zu beschaffen.

In der Geschichte der Technik und ihrer Erfindungen finden wir Belege dafür, daß der menschliche Fuß und seine Tretbewegung mancherlei Konstruktionen von Bewegungsmechanismen als Vorbild gedient hat. So wurden z. B. in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in England von mehreren Erfindern Dampfmaschinen entworfen, die sich auf Füßen oder Stelzen fortbewegt haben. Auf einem Kupferstich des englischen Satirikers Thortshanks aus dieser Zeit ist ein Dampfmaschinen direkt als automatische Gehmechanismus dargestellt. Aus neuerer Zeit stammt das „Bergveloziped“, dessen Räder aus zentrisch angeordneten Bergschuhen bestehen.

Wir sehen aber auch, daß die Technik in vielfacher Weise bestrebt ist, das menschliche Gehen mit ihren Hilfsmitteln zu vervollkommen.

Sie greift namentlich dort hilfreich ein, wo physische Mängel des Individuums dessen Gehvermögen beeinträchtigen. Schon dem Kinde sucht der menschliche Erfindungsgeist das Erlernen des Gehens durch die in frühe Jahrhunderte zurückreichende „Gehschule“



Das Bergfahrrad.

zu erleichtern, eine ganz primitive Vorrichtung, deren Wert in der Gegenwart allerdings nicht mehr allgemein anerkannt wird. Wir sehen weiter, wie sich die medizinisch-orthopädische Technik aller Zeiten damit befaßt hat, Kranken und Krüppelhaften Personen geeignete technische Hilfsmittel — von den einfachen Krücken bis zu den vielbewunderten Präzisionsmechanismen der modernen Prothesen — zu beschaffen, um ihnen die Fortbewegung zu ermöglichen. Schließlich haben auch die Bemühungen um die Herstellung einer anatomisch richtigen und hygienisch zweckmäßigen Fußbekleidung eine technisch gewerbliche Bedeutung, obwohl auf diesem wie auf allen von



Gitte und Mode beherrschten Gebieten der menschlichen Bekleidung gar zu oft den Forderungen von Wissenschaft und Technik geradezu entgegengerichtet wird.

Das normale Gehen des erwachsenen und gesunden Menschen bedarf wohl kaum einer technischen Verbesserung. Wir finden daher in der Geschichte der Technik nur ganz vereinzelte Versuche zu einer Verbesserung des normalen Gehens. Aus neuerer Zeit stammt ein Scherz- bild, das uns zeigt, wie sich stark angeheiterte Personen mit ausgesprochen labile

Gleichgewicht mit Hilfe von — Luftballons nach Hause befördern lassen.

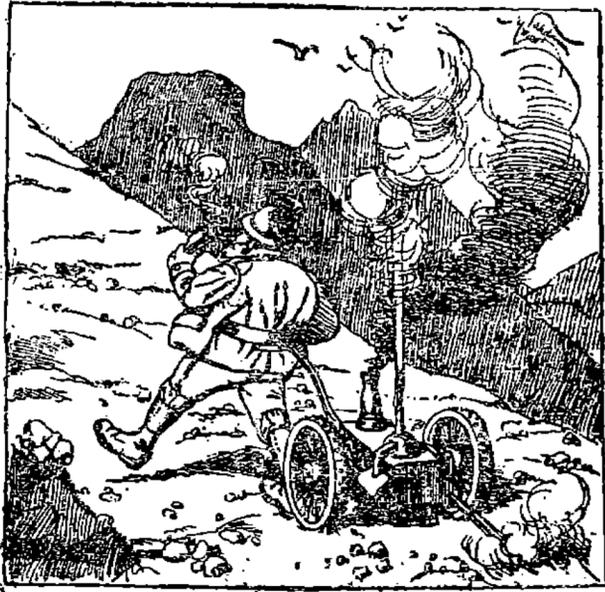
Die ulkige Zeichnung gewinnt aber in technischer Beziehung an Interesse, wenn man erwägt, daß man sich bereits zu Anfang des vorigen Jahrhunderts ganz ernsthaft mit dem Gedanken befaßt hat, das Gehen mit Hilfe eines über dem Kopf schwebend angebrachten Luftballons und eines beide Füße flankierenden Rudermechanismus zu erleichtern!

Komplizierter wird das Problem der technischen Verbesserung des menschlichen Gehens, wenn man auch die vorhandenen Terrain-schwierigkeiten mit ins Kalkül zieht. Wir denken da vorerst an das Bergsteigen, das bekanntlich den menschlichen Gehapparat in ganz abnormaler Weise beansprucht. Mit der scherzhaften Lösung dieses Problems haben sich die technischen Satiriker mehrfach befaßt. Der Franzose J. J. Grandville, einer der phantasievollsten Künstler, hat die Verwendung des bekannten Storchschnabels zur Bezwingung von Bergen und Gletschern vorgeschlagen. Ein anderer Zeichner ist nun der Meinung, daß der rückseitige Antrieb eines Dampfwagens das Bergsteigen selbst dem bequemsten Spießer zu einer besonderen Annehmlichkeit gestalten könnte. Ich glaube hier keine technische Blasphemie zu begehen, wenn ich diesen Scherzen ein ernstgemeintes deutsches Reichspatent vom Jahre 1911 anlie-

dere. Es handelt sich um einen Bergsteigeparat, der nach einer Beschreibung von Feldhaus „aus einem Tornister mit Preßluft oder Benzin und zwei Triebzylindern bestand, deren Kolbenstangen die Beine des Bergsteigers abwechselnd zwischen Ferse und Hüfte spreizen sollten“ . . .

Von besonderem Interesse sind die Versuche, die Geschwindigkeit des menschlichen Gehens durch technische Hilfsmittel zu erhöhen. Sie finden ihre Begründung in der leidigen Tatsache, daß das normale Gehetempo (von etwa 4 km. in der Stunde), wenn man von sportlichen Leistungen abstieht, wenigstens für die Allgemeinheit nicht willkürlich gesteigert werden kann.

Bei der Betrachtung der hier in Frage kommenden technischen Hilfsmittel machen wir die interessante Beobachtung, daß solche Bewegungsmechanismen mit zunehmender Vervollkommnung sich immer mehr vom menschlichen Gehen emanzipieren, um es schließlich, auf einen bestimmten Höhepunkt ihrer technischen Entwicklung angelangt, vollkommen zu ersetzen.



Das bequeme Bergsteigen.

Am lehrreichsten ist in dieser Beziehung die Geschichte der Erfindung des Fahrrades. Der badische Kammerjunfer Freiherr von Drais hat im Jahre 1817 eine Laufmaschine erfunden, mit welcher er das menschliche Gehen in bezug auf Gehetempo insofern verbessern wollte, als sich das Behübel, nachdem es durch forcierten Lauf in entsprechenden Schwung versetzt worden war, durch eine längere Zeit von selbst fortbewegte, wobei der Fahrer nur mehr auf die richtige Balance zu achten hatte. (Sein Verfahren ähnelte jenem, das wir bei dem bei Kindern auch heute noch so beliebten Spielzeug beobachten, bei dem der Antrieb durch das zeitweise Abstoßen eines Fußes besorgt wird.) Die Laufmaschine des Barons Drais mußte, so sehr sie auch bei ihrem ersten Bekanntwerden ein großes Aufsehen erregt hatte, bei Lebzeiten ihres Erfinders ein technischer Torso bleiben, da Drais zu einer Verbesserung seiner Erfindung nicht zu bewegen war. Erst die spätere Anbringung von Tretkurbeln an der Laufmaschine (Möbius 1843, P. M. Fischer 1853) hat bewirkt, daß aus einem ursprünglich recht problematischen Spielzeug ein wertvolles Verkehrsmittel geworden ist. Schon mit der Anbringung von Tretkurbeln war das menschliche Gehen, das noch bei der Laufmaschine wenigstens intermittierend in Verwendung gekommen war, eigentlich ausgeschaltet. Die weitere technische Fortentwicklung des Fahrrades zum Motorrad zeigt uns das deutliche Bestreben, auch den Fußantrieb als Ueberbleibsel des menschlichen Gehens fallen zu lassen und an seine Stelle den rein maschinell-motorischen Antrieb zu setzen.

Eine Steigerung der Geschwindigkeit des menschlichen Gehetempos bezweckt wohl auch in einer gewissen Hinsicht der Rollschuh, dessen Erfindung bis in das Jahr 1790 zurückreicht und mit dessen Verbesserung sich in der Folge zahlreiche Erfinder bis auf den heutigen Tag beschäftigt haben. Da er eine raschere Bewegung nur auf einem besonders glatten, ebenen Boden gestattet, wird wohl auch seine zukünftige Verwendung nur für sportliche Zwecke in Frage kommen.

Wenn auch die Technik der Gegenwart sich mit dem Gedanken, das menschliche Gehen technisch zu vervollkommen, fast gar nicht mehr beschäftigt, sondern vielmehr bestrebt ist, es überall dort, wo es als eine gesundheitschädliche physische Beanspruchung des Menschen empfunden wird, durch allerlei moderne Hilfsmittel (Trottoirs roulants, Aufzüge, Paternosterwerke u. dgl.) möglichst auszuschalten, so ist ihr aber auch andererseits seit dem Aufkommen der neuen Verkehrsmittel und durch die ungeahnte Verdichtung des Straßenverkehrs eine sehr wichtige Aufgabe dadurch erwachsen, daß sie sich auch den Schuß des Fußgängers auf der Straße besonders angelegen sein lassen muß. Die Frage ist also keineswegs, wie noch vielfach gemeint wird, eine rein verkehrspolizeiliche, sondern vielmehr eine solche, über welche gerade die Techniker, die Verkehrswege und Verkehrsmittel bauen, in erster Linie entscheiden sollten.

Diesen Artikel entnehmen wir mit gütiger Erlaubnis des Verlages der Zeitschrift „Wissen und Fortschritt“. Siehe Seite 535 unseres Verbandsorgans. Dr. Klimtsch.

Vom Handwerk und Handwerkersein

In dem letzten Jahrzehnt macht das Handwerk wieder bemerkenswerte Bestrebungen, sich innerhalb des Wirtschaftsganzen seine alte Stellung wiederzuerobern. Das ist gut und notwendig. Gut, weil das Handwerk eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen Arbeitnehmer und Industrie ist und weil es in seinen Arbeiten immerhin die Nivellierung durch die Industrie ein Stück aufhalten kann. Notwendig, weil sich das Handwerk in den letzten Jahrzehnten in eine sozialreaktionäre und oft auch wirtschaftsreaktionäre Haltung hineinverrannt hatte, die Uebles, aber nichts Gutes heraufbeschwor. Wir denken da nur an die Fragen der Lehrlingshaltung und den damit zusammenhängenden Problemen.

Dennoch begrüßen auch wir als Metallarbeiterorganisation es, wenn das Handwerk wieder anfängt, sich auf bessere Traditionen zu besinnen und auch wir haben als Metallarbeiter ein Interesse daran, wenn die Achtung vor dem Handwerk wieder wächst. Das Handwerk ist nicht allein etwas für die Kleinstadt, sondern gerade auch die Großstadt ist ein Stück Boden, auf dem es wachsen kann. Wir stimmen Julius Kreis in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, einer Zeitung, die der Schwerindustrie nahesteht, durchaus zu, wenn er über diese Frage schreibt:

Das Handwerk paßt in seiner Erscheinung auch zu dieser — trotz aller Weitläufigkeit — nach Charakter und Umgebung ländlichen, erdgewachsenen Großstadt, ist innig verschwistert mit der Kunst, die ja auch zu einem Stück „Werk der Hand“ ist und gerade hierzulande mit dem Handwerk seit jeher verbunden war. Hier gilt das Handwerk auch sozial mehr als im Norden, es hat in unserer menschlich-demokratischeren Atmosphäre seinen Rang und seine Geltung, wo in den letzten 50—60 Jahren deutscher Entwicklung im Norden vielleicht gerade die Industrialisierung die Geltung des Handwerkers nach dieser Seite hin verlor. Und damit kämen wir zu jener schiefen, dummen und überheblichen Einstellung der Gesellschaft, die mehr oder minder ostentativ „Kopf“ und „Handarbeit“, „geistige“ und „körperliche“, „Studierte“ und „Handwerker“ kennt und auch heute noch trotz aller Demokratisierung nur den „Einjährigberechtigten“ sozusagen für „gesellschaftsreif“ hält.

Es hat mich immer geärgert, wenn in Berichten oder Geschichten irgend ein Hohlkopf so gönnerhaft von oben herab erzählt: . . . sein Vater, ein biederer Handwerksmeister . . . oder: . . . und dann setzten sich biedere Handwerksmeister an unseren

Tisch . . . oder: . . . ein biederer Handwerksmeister war unser Reisegefährte . . .

Dieses „bieder“ — klingt es nicht wie: ihr müßt entschuldigen, daß ich mit solchen Leuten Umgang habe; aber sie sind bei aller Inferiorität doch so „bieder“, daß man schließlich ein Auge zudrückt. Gewiß ist nicht jeder Studierende ein Dummkopf und nicht jeder Handwerker eine Leuchte. Aber wenn oft so eine schuldurchgeessene Null, die da einem Handwerker gönnerhaft auf die Schulter klopft, ahnte, wieviel mehr Verstand, Verantwortung, Fleiß, Können und Weltkenntnis zu einem tüchtigen Handwerksmann gehört, als zu einem gutgeölten Schreibersmann, so würden sie klein und bescheiden und nicht dem faulen und dummen Sohn sagen: Wenn du noch mal in der Schule nichts taugst, dann schicke ich dich zu einem Handwerker in die Lehre.

Als ob das Handwerk mit Dummköpfen und Faulpelzen geschafft würde! Noch um die Jahrhundertwende war diese Einstellung des „Gebildeten“ zum Handwerker gang und gäbe. Heute hat sich darin bei vielen eine Wandlung geschaffen. Der Krieg hat Menschen einander durch gleiche Lebensverhältnisse und Schicksale nähergebracht, die sich sonst nie begegnet wären, und hat vielen „Studierten“ den tüchtigen, gewandten, in vielen Situationen erfahrenen Handwerker schätzen gelehrt. — Darüber hinaus: Die „Gebildeten“ sind billiger geworden wie der Sand am Meere, und man kam auch aus wirtschaftlichen Gründen vielfach zur Einsicht, daß ein tüchtiges Handwerk weder wirtschaftlich noch sozial dem Menschen zum Nachteil gereicht. Die letzten 15 Jahre haben vielen alten Muff und Staub von veralteten gesellschaftlichen Vorurteilen geweht, eine gesunde, an freies Licht, an freie Luft gewöhnte, eine durch Sport und Technik zur „Hand“ erzogene Jugend steht dem Handwerk heute viel freier und viel vernünftiger gegenüber, als die oft allzu — „gebildeten“ Väter und Großväter.

Das Kind, das — mit untrüglichen Instinkt — Schein und Sein unterscheidet, das noch nicht durch Bildung und Gesellschaft in seinem Empfinden lahm gemacht ist, hat immer und zu allen Zeiten dem Handwerk und dem Handwerker seine ganze Liebe zugewandt. —

Schon das „Zuschauendürfen“ war uns allen ein Freudenfest, und wenn je der Maler oder Tapezierer ins Haus kam, so war's für die Kinder ein rotangestrichener Tag im Kalender. „Selbst mithelfen dürfen“ aber, das war das höchste der Gefühle! Der Beschäftigungstrieb, einer der elementarsten im Menschen und besonders im ursprünglichen schöpferischen Menschen, im Kind, suchte immer wieder das Handwerk und das Handwerkszeug auf.

Das Kind spürt in diesem zweckvollen, positiven Tun, auch in seiner Welt und in seiner Perspektive — den schönen Sinn eines tätigen Lebens, das Beglückende, und gerade im Handwerk so sinnlich empfindbare eines planvollen Schaffens.

Die Werkstätte war uns immer neben dem Spiel und noch vor dem Spiel ein herrlicher Aufenthalt, und daß das Christkindl auch heute noch den Bubben einen Werkzeugkasten schenkt, ist eine der freundlichsten Bindungen zwischen Handwerk und Kindheit, wie uns Kindern auch am „Kripperk-Markt“ immer die Darstellung am besten gefiel, wo Josephs Zimmermanns-Werkstätte stand, Maria spann und das Christkind sagte und so dem Handwerk auch in der Welt kindlichen Glaubens und Fühlens ein Ehrenplatz angewiesen ward.

Wenn heute das Handwerk sozial eine bessere Geltung hat, als in den verfloßenen 50 Jahren, so haben wir nur wieder ein Stück Weg zurückgefunden in den guten geistigen Geist deutscher Vergangenheit, da der Handwerker Dome schuf, vom Handwerker unvergängliche Bildwerke und — bis zum letzten Gebrauchsgegenstand herab — persönliche, schöne und einzigartige Werke und Werkchen stammen. Vom Germanischen und dem National-Museum an bis zur kleinen Heimatammlung, bis zum Zinntrügel des bescheidenen Sammlers, sprechen die Zeugen einer großen Handwerksvergangenheit. Der Handwerker — namentlich der Handwerker der Spätgotik — war Künstler mit viel mehr Können und viel weniger Prätention, als heute mancher Künstler, der Künstler dieser Zeit aber im besten Sinne Handwerker, und wenn wir vor den Kunstwerken vergangener Zeiten staunen, wie die Werke dieser Zeit — jenseits vom ideellen, vom künstlerischen Gehalt rein materiell — Jahrhunderte frisch und herrlich wie am ersten Tage überdauern, so liegt die Erklärung darin, daß der Künstler nicht nur in seiner Camera obscura mit seinen „Problemen“ befaßt, Kunstwerke für die Kunstschaffte erzeugte, sondern aus ehrlicher Handwerkeresinnung im

edelsten Sinne des Wortes mit Kunst und Fleiß für die Weite, für das Leben schuf.

Er war sich nicht und nie zu gut, gerade das Handwerkliche an seiner Kunst bis zur Vollendung zu lernen und zu üben. Das Handwerk war in diesen Zeiten in den Gruppen, die dafür in Betracht kamen, Kunst — und Kunst war Handwerk. Man kannte damals noch nicht die feinen Grenzen, die Analyse und Synthesen beider Begriffe wie heute, wo jeder Spenglermeister, der was auf sich hält, seinen künstlerischen Beitrag hat und wenn irgendwo ein kleiner Kiosk gebaut wird, zehn Preiskonkurrenzen, zwölf Professoren, zwei Duzend Oberbauärzte und siebzehn Spalten Zeitungsdebatten dazu notwendig sind.

Kunstgewerbe und Kunsthandwerk und Vereinigungen, Zeitschriften, Schulen dafür sind heute in Hülle und Fülle vorhanden, und es sei nicht verkannt, daß sie mit dem üblen Wust, der die Jahrzehnte vor der Jahrhundertwende verseucht hat, den Kampf aufnahmen und viel Schönerem und Zweckvollem Bahn bereiteten.

Und doch wird man angesichts alter Handwerkskunst das Empfinden nicht los: Hier schufen warmblütige Menschen aus dem Vollen, aus der Tiefe des Gemütes, aus eigenstem Empfinden, wo heute vielfach Richtung, Organisation oder nur emsig propagierte Stilmoden leiten.

Nun ist es müßig, eine Zeit und einen Zeitgeist herzurufen, der ein für allemal verschwunden ist, denn Technik und Technisierung haben mit allen anderen Erscheinungen des Lebens natürlich und vorzugsweise das Handwerk erfaßt, und die Fabrik hat die Werkstätte an die Wand gedrückt. Daher erklärt sich die Notwendigkeit der vielen Kunstgewerbe- und Gewerbebeschulen und Bewegungen, die, wie die Volkstrachten-Erhaltungs-Vereine erst da notwendig sind, wo die Eigenart verschwunden ist.

Wo der Handwerker noch Boden hat, da ist er in den meisten Fällen gezwungen, die allgemein geltende Marschrichtung einzuhalten, nicht zuletzt aus Gründen eines rationalen Betriebes. Und die beiden Worte sagen ja alles. — Wenn heute trotz der erdrückenden Ernüchterung und Verrationalisierung unseres Lebens und unserer Umgebung der Handwerker noch so viel Schneid hat, sich zu behaupten und sich in seiner Eigenart mit reizvollem und persönlichem Stempel der Hand zu zeigen, so wollen wir von 1927 das dankbar anerkennen, als eine Dase in der grandiosen Wüste maschineller Technik, die unser Leben umgibt.

Bekanntmachung

Samstag, den 21. August, ist der 35. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter.

Hauptteil: Unproduktive Arbeit, Bürokratismus und Arbeitslohn, S. 529. Gedicht: Vergiftmeinnicht, S. 530. — Die öffentliche Wirtschaftshilfe und der kleine Mann, S. 530. Unsere Altersinvalidenunterstützung im Werden; „Kleinigkeiten“ für Arbeitsrichter, S. 532. Der „Datsch“ und die Ausbildung unseres technischen Nachwuchses, S. 533. Auf dem Wege zum Uhrentrust, S. 534. Hüttenarbeitersehnsucht und Großindustrie, S. 535. — Umschau: Lorenz Eberhard †, S. 536. Amerikanische Automobilindustrie und Deutschland; Arbeitgeberindizi und Gewerkschaft; Ergebnisse des Arbedkongresses; Öffentliche Aufträge als Mittel der Konjunkturpolitik, S. 537. — Unterhaltung: Oliver Twist, S. 537. — Aus den Betrieben: Mit 35 Jahren „altes Eisen“; Die Arbeitszeitfrage; Weitere Arbeitszeitregelungen in der Kölner Metallindustrie, S. 538. Wochenlohnung oder Dekadenlohnung, S. 539. Verbandsgebiet: Deutsch-Oberschlesien; Iserlohn, S. 540. — Artikelangabe S. 540.

Wirtschaft. — Technik. Wie findet der Flieger den Weg über den Ozean?, S. 541. Humor in der Technik, S. 542. Vom Handwerk und Handwerkersein, S. 543. — Bekanntmachung.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags (Schriftleitung und Geschäftsstelle Duisburg, Stapeltor 17 Fernruf 3366 und 3367) Schluß der Redaktion: Donnerstags abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die 4gespaltene Millimeterzeile für Arbeituchende 20 Goldopa für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber, Duisburg Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H. (Echo vom Niederrhein u. O. Köllen), Duisburg.